

# Ablehnung als Votum gegen Steuererhöhung, Finanzpolitik und für Sparen



## Schlussbericht

### Nachanalyse Erhöhung kantonaler Steuerfuss Luzern

Studie im Auftrag des Kantons Luzern, Juni 2017

#### **Projektteam**

**Urs Bieri** Politik- und Medienwissenschaftler

**Alexander Frind** Politikwissenschaftler

**Stephan Tschöpe** Politikwissenschaftler

**Aaron Venetz** Politikwissenschaftler

**Noah Herzog** Sekretariat und Administration

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>MANAGEMENT SUMMARY</b> .....	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>EINLEITUNG</b> .....	<b>7</b>
2.1	Ausgangslage und Fragestellung .....	7
2.2	Forschungsplan .....	9
2.2.1	Generelle These des Dispositionsansatzes .....	10
2.2.2	Fragebogen .....	11
2.2.3	Befragung und Stichprobe .....	12
2.2.4	Datenanalyse .....	13
2.2.5	Grafische Aufbereitung .....	15
<b>3</b>	<b>BEFUNDE</b> .....	<b>17</b>
3.1	Informiertheit .....	17
3.1.1	Zwischenbilanz .....	21
3.2	Differenzierung nach Merkmalsgruppen .....	22
3.2.1	Teilnahmeverhalten .....	22
3.2.2	Stimmverhalten .....	24
3.2.3	Zwischenbilanz .....	26
3.3	Argumentative Differenzierung .....	27
3.3.1	Gründe für Stimmentscheid .....	27
3.3.2	Bewertung der Argumente .....	29
3.3.3	Entscheidungswirkung .....	31
3.3.4	Betroffenheit und Einstellungen zur Steuerpolitik .....	33
3.3.5	Zwischenbilanz .....	37
<b>4</b>	<b>SYNTHESE</b> .....	<b>39</b>
4.1	Rückblick .....	39
4.2	Ausblick .....	40
<b>5</b>	<b>ANHANG</b> .....	<b>41</b>
5.1	gfs.bern-Team .....	41

# 1 Management Summary

## Mandat

Die Stimmberechtigten des Kantons Luzern haben am 21. Mai 2017 die Abstimmung zur Erhöhung des Steuerfusses abgelehnt. Der Ja-Anteil lag im gesamten Kanton bei 45.7 Prozent.

Die Stimmbeteiligung von 45.6 Prozent liegt in etwa im Durchschnitt der letzten Jahre. Gleichentags wurde die Vorlage "Halbierung Beiträge Musikschule" abgelehnt und die Energiestrategie 2050 auf nationaler Ebene angenommen.

Nach der Ablehnung der Steuererhöhung durch das Luzerner Stimmvolk steht der Kanton Luzern unter noch einmal erhöhtem Kosten- und Spardruck. Solche Prozesse sind erfahrungsgemäss sehr schmerzhaft und stark interessengetrieben. Zudem hinterlässt ein ablehnender Entscheid der Stimmberechtigten immer den latent schalen Beigeschmack, dass die Bevölkerung ihr Veto zum Ausdruck gebracht hat, sich aus diesem Stimmentscheid aber nicht erschliesst, welche Varianten die Bevölkerung anstelle präferieren würde.

Der Kanton Luzern beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern damit, eine Nachanalyse zur abgelehnten Vorlage durchzuführen. Das Forschungsinstitut gfs.bern hat dazu die kantonale Stimmberechtigten nach ihrer Stimmabgabe, deren Begründung sowie nach deren Einstellung zu den kantonalen Finanzen und der Ausfinanzierung einzelner Aufgaben gefragt.

## Vorlage mobilisierte Politik-Misstrauische

Auch wenn auf den ersten Blick die Vorlage vom 21. Mai 2017 nicht durch eine überdurchschnittliche Mobilisierung auffiel, ist diese auf den zweiten Blick überraschend unausgewogen:

So haben Personen mit einer eher kritischen Sicht auf die kantonale Politik zu 58 Prozent am Urnengang teilgenommen, während Personen mit einem generellen Vertrauen in die kantonale Politik zu minderheitlichen 36 Prozent teilgenommen haben. Damit ist die Vorlage auf einer strukturellen Ebene daran gescheitert, dass mehr politikkritische Personen an der Abstimmung teilgenommen haben als Personen mit Vertrauen in die kantonale Politik. Auch wenn uns Vergleichswerte spezifisch für den Kanton Luzern fehlen, ist eine solche einseitige Mobilisierung erfahrungsgemäss nicht der Normalfall: Normalerweise sind Politikmisstrauische auch eher politikverdrossen und damit grundsätzlich unterdurchschnittlich mobilisiert, wenn wir Gegenteiliges beobachten, ist das nicht selten ein Zeichen für ein gewisses Protestvotum gegen die kantonale Politik.

Daneben finden wir eine leicht erhöhte Teilnahme unter SympathisantInnen von Linksrün und GLP, während insbesondere das rechtsbürgerliche Lager nicht überdurchschnittlich mobilisiert war.

## An erster Stelle ein Entscheid entlang politischer Affinitäten

Die wichtigste Konfliktlinie finden wir entlang von Parteiaffinitäten:

So sprachen sich SympathisantInnen der FDP, der SVP sowie Parteiungebundene mehrheitlich gegen die Vorlage aus, während SympathisantInnen der GPS, SP, GLP und CVP für die Vorlage eintraten. Auch finden wir Unterschiede entlang der Berufstätigkeit: Personen ohne Berufstätigkeit standen mehrheitlich gegen die Vorlage ein. Insgesamt ist die Ablehnung der Steuererhöhung damit hauptsächlich ein (rechts)-bürgerliches Nein, verstärkt durch einen spürbaren Anteil Protestvotum gegenüber der Behördenvorlage und unterstützt dadurch, dass unter SympathisantInnen der SP, GLP und CVP zu rund einem Drittel einem Nein Ausdruck verliehen wurde.

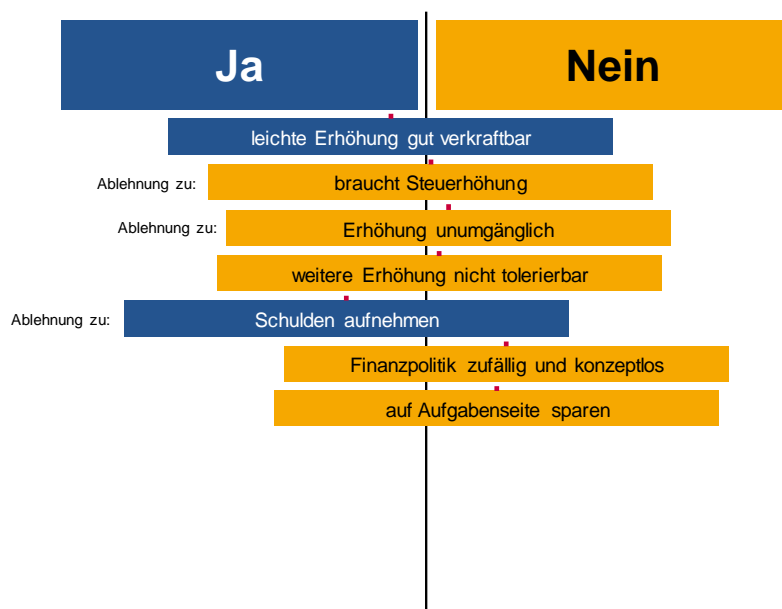
## An zweiter Stelle ein Entscheid gegen eine Steuererhöhung, gegen die bisherige Finanzpolitik und für Sparbemühungen

Inhaltlich scheiterte die Vorlage auf drei Ebenen:

### Grafik 1

## Logistische Regressionsanalyse Abstimmungsentscheid nach Argumenten

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmenscheid zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses?"  
Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701), Nagelkerke's  $R^2 = .819$

Erläuterung: Die eingesetzte Methode der **logistischen Regression** beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (in abnehmender Reihenfolge) auf eine abhängige Variable. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder eher zu einer Nein-Stimmabgabe (gelb) geführt hat. Nagelkerkes  $R^2$  ist ein Pseudo-Bestimmtheitsmass, das den erklärten Anteil der Varianz der abhängigen Variablen durch alle unabhängigen Variablen im Modell angibt – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist die Erklärungskraft des Modells. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss. Argumente mit dem Wortzusatz "Ablehnung zu" werden mehrheitlich verneint. Entsprechend sind solche Argumente in die andere Richtung eingefärbt und erhalten besagten Zusatz.

Erstens sahen die Urnengänger und Urngängerinnen weder die Notwendigkeit für eine Steuererhöhung, noch empfanden sie eine solche als tolerierbar. Zweitens stand hinter dem Nein Kritik an der bisherigen Finanzpolitik des Kantons und

drittens fand sich mit dem Nein verknüpft auch der Wunsch, anstelle einer Steuererhöhung bei der Ausgabenseite anzusetzen.

Ja-Voten entstanden hingegen aus der Einschätzung heraus, dass eine leichte Erhöhung der Steuern verkraftbar ist und zumindest höher zu gewichten ist, als alternativ die Staatsschulden auszuweiten.

Zudem fällt ein Argument auf, das keine Meinungswirkung zu entfachen vermochte und damit in vorgängiger Grafik nicht erscheint: Die Ansicht, dass die Unternehmen von der Tiefsteuerstrategie profitieren und der einfache Bürger nun die Steuerausfälle bezahlen muss, wird zwar mehrheitlich geteilt, hat aber die Ablehnung der Vorlage nicht statistisch nachweisbar befeuert. Dies trifft insbesondere auch auf die Einschätzung seitens Linksrün zu, auch dort hat die kritische Haltung gegenüber der Unternehmenssteuer keine direkte Wirkung auf einen ablehnenden Stimmentscheid. Die Kritik an der Unternehmenssteuer lässt sich somit zwar beobachten, sie stand aber als Element gegen die Vorlage nicht im Zentrum.

## Datenbasis

Die Ergebnisse der Befragung "Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'007 Stimmberechtigten aus dem Kanton Luzern durch gfs.bern. Die Befragung wurde zwischen dem 8. Juni und 22. Juni telefonisch durchgeführt. Um Aussagen sowohl zu den Abstimmungsteilnehmenden als auch zu den themeninteressierten Nicht-Teilnehmenden zu erhalten, wurden 701 Abstimmungsteilnehmende und 306 Nicht-Teilnehmende befragt. Der resultierende Datensatz wurde nach den realen Verhältnissen rund um Teilnahme und Stimmabgabe gewichtet.

Über die technischen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht:

Tabelle 1

### Technischer Kurzbericht der Befragung

<b>Auftraggeber</b>	Kanton Luzern
<b>Grundgesamtheit</b>	Stimmberechtigte des Kantons Luzern
<b>Befragungsgebiet</b>	Kanton Luzern
<b>Herkunft der Adressen</b>	RDD Festnetz
<b>Datenerhebung</b>	telefonisch, computergestützt (CATI)
<b>Art der Stichprobenziehung</b>	Random-Quota; Geburtstagsmethode im Haushalt
<b>Befragungszeitraum</b>	8. Juni und 22. Juni 2017
mittlerer Befragungstag	16. Juni 2017
<b>Stichprobengrösse</b>	minimal 1'000, effektiv 1'007
bestimmt Teilnehmende	701
<b>Fehlerbereich</b>	±3.2 Prozentpunkte bei 1'007 Stimmbürger(innen) bzw. ±3.8 Prozentpunkte bei 701 Urnengänger(inne)n bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
<b>Quotenmerkmale</b>	Geschlecht/Alter interlocked, Teilnahme
<b>Gewichtung nach</b>	Alter/Geschlecht interlocked, Bezirksgrösse, Teilnahme pro Bezirk, Resultat pro Bezirk, Designgewichtung nach Parteiaffinitäten
<b>Befragungsdauer</b>	
Mittelwert	15.8 Minuten
Standardabweichung	±4.9 Minuten

© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss, Juni 2017

Die statistischen Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen betragen:

Tabelle 2

## Stichprobenfehler

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 700	± 3.8 Prozentpunkte	± 3.0 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

© gfs.bern

Um Fehlinterpretationen zu minimieren, nehmen wir keine Subgruppenanalysen unter  $n = 50$  Fällen vor.

Bei der Datenanalyse haben wir unter anderem die (logistische) Regressionsanalyse verwendet. Die Regressionsanalyse klärt den Einfluss eines Variablensets auf eine weitere Variable. Das ist beispielsweise der Fall, wenn man den Einfluss von Argumenten auf den Stimmentscheid klären will.

# 2 Einleitung

## 2.1 Ausgangslage und Fragestellung

Im Dezember 2016 beschloss der Luzerner Kantonsrat eine Erhöhung des Steuerfusses für Staatssteuern von 1,6 auf 1,7 Einheiten mit 81 zu 29 Stimmen. Die geplante Erhöhung sollte den Kantonshaushalt sanieren und steht in einer Reihe von Massnahmen, mit denen seit 2012 Leistungen abgebaut und das Ausgabenwachstum gemindert werden sollte.

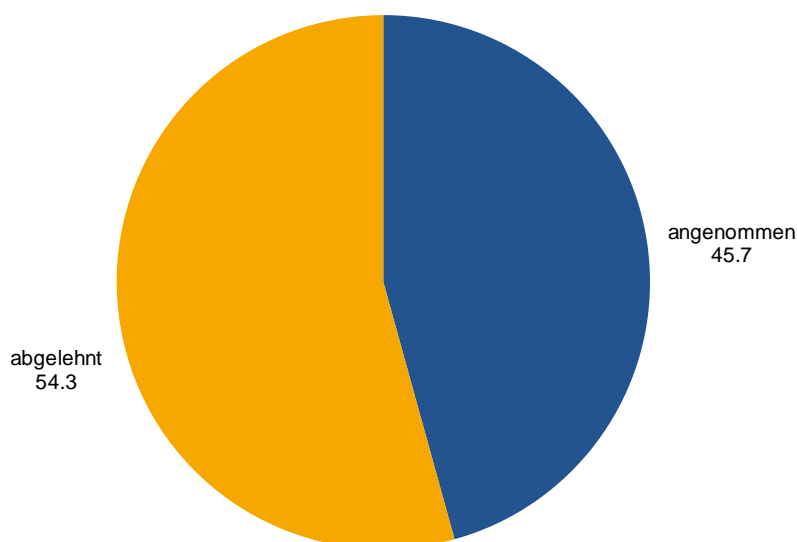
Die Vorlage wurde mit Ausnahme der SVP im Parlament breit unterstützt und als unumgänglich charakterisiert. Argumentiert wurde von Befürwortern damit, dass der Kanton in den nächsten Jahren 64 Millionen Franken einsparen müsse, sollte die Steuererhöhung scheitern.

Die SVP ergriff das Referendum gegen die geplante Erhöhung, weshalb am 21. Mai 2017 darüber abgestimmt wurde. Am gleichen Tag wurde auch über die Energiestrategie 2050 des Bundes abgestimmt.

Grafik 2

### Abstimmungsergebnis Erhöhung Steuerfuss

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben (nur gültige Stimmen)

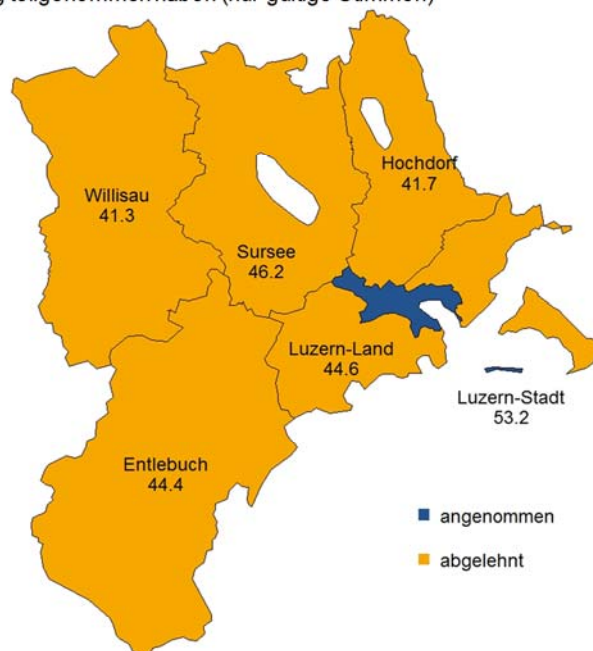


© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017,  
Quelle/Abstimmungsergebnis: [www.lu.ch](http://www.lu.ch)

Bei einer Stimmbeteiligung von 45.6 Prozent wurde die Vorlage mit 54.3 Prozent klar abgelehnt. Dies ist eine durchschnittliche Stimmbeteiligung, die exakt dem Mittelwert der letzten Legislatur 2011-2015 bei Abstimmungen auf nationaler Ebene entspricht. Die Stimmbeteiligung bei kantonalen Abstimmungen lag im gleichen Zeitraum bei 43.9 Prozent, somit ist die Beteiligung bei der aktuellen Abstimmung leicht erhöht.

## Abstimmungsergebnis Erhöhung Steuerfuss

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern,  
die an der Abstimmung teilgenommen haben (nur gültige Stimmen)



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017,  
Quelle/Abstimmungsergebnis: [www.lu.ch](http://www.lu.ch)

Von den Wahlkreisen Luzerns hat nur die Stadt Luzern mit 53.2 Prozent der Erhöhung des Steuerfusses zugestimmt. Am deutlichsten war die Ablehnung in den Wahlkreisen Willisau und Hochdorf. Insgesamt nahmen nur acht politische Gemeinden die Vorlage an, am höchsten war die Zustimmung in Luthern mit 64 Prozent Ja-Anteil. Die grösste Ablehnung lag in der Gemeinde Ermensee mit 69 Prozent Nein-Anteil.<sup>1</sup>

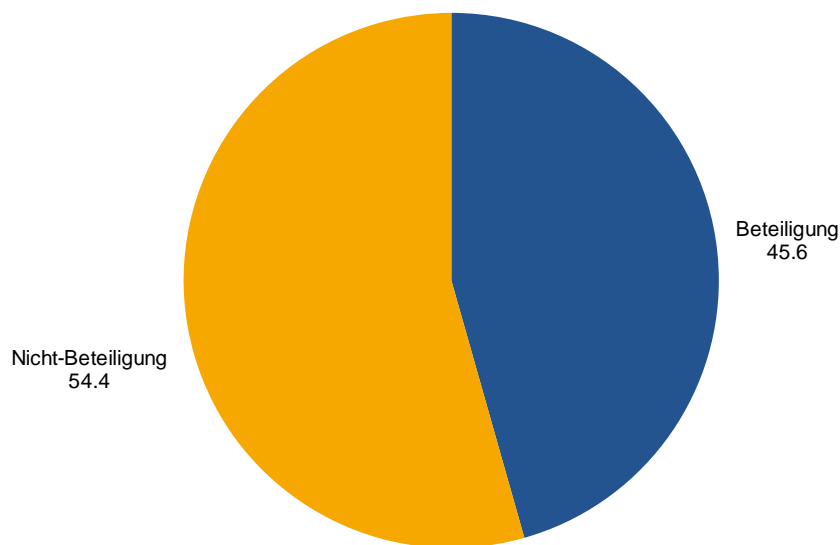
Im Kontext der breiten parteipolitischen Unterstützung im Parlament, die von links bis weit in die bürgerlichen Parteien reichte, bleibt offen, warum die Vorlage in der Abstimmung scheiterte. War es ein Mangel an Informationsarbeit seitens der Befürworter? Oder bildeten strukturelle Vorbehalte gegenüber der Steuerpolitik des Kantons die Grundlage für das Nein? Im Folgenden werden daher die Abstimmungsmotive und Stimmenscheide relevanter Bevölkerungsgruppen beleuchtet.

<sup>1</sup> <http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/luzern/Abstimmung-kanton-luzern-erhoehung-steuerfuss-resultat;art92,1028860>



## Stimmbeteiligung Abstimmung Erhöhung Steuerfuss

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017,  
Quelle/Abstimmungsergebnis: [www.lu.ch](http://www.lu.ch)

## 2.2 Forschungsplan

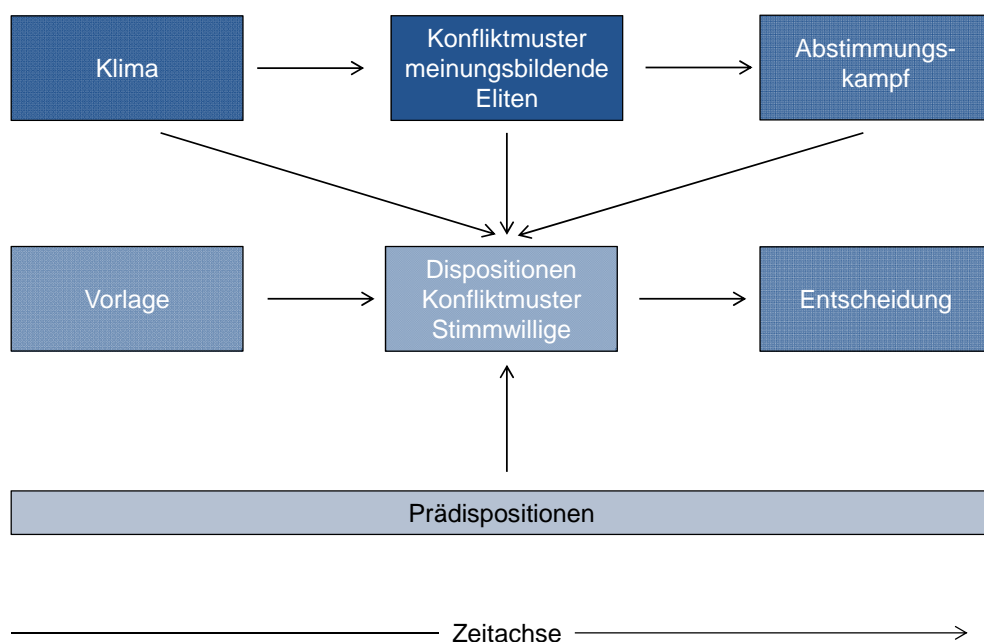
Als Konzept für Abstimmungsanalysen hat gfs.bern den Dispositionsansatz entwickelt. Dieser eignet sich besonders, um über den Einzelfall hinaus verständlich zu machen, wer wie gestimmt hat, was dazu geführt hat und was aus der Entscheidung gefolgert werden kann. Ohne in die Details zu gehen werden die hauptsächlichen Prämissen des Ansatzes und die Folgerungen, die sich für die vorliegende Analyse ergeben, kurz vorgestellt.

## 2.2.1 Generelle These des Dispositionsansatzes

Die These des Dispositionsansatzes lautet: Ergebnisse von Volksabstimmungen zu einer bestimmten Vorlage stehen in der Regel nicht ein für alle Mal fest. Vielmehr sind sie das Produkt aus Prädispositionen der Bevölkerung und aus Kampagnenwirkungen, die in einem bestimmten Umfeld erzeugt worden sind.

Grafik 5

### Analytisches Schema des Dispositionsansatzes



© gfs.bern

Formalisiert werden Entscheidungen als Funktion von Vorlagen, Kampagnen, Prädispositionen und dem Umfeld (allgemeines Klima, Konfliktmuster der Eliten) gesehen. Entscheidungen variieren demnach, wenn sich mindestens eines dieser Elemente ändert. Allerdings können sie sich nicht beliebig entwickeln. So wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Umfeld und die Vorlage mitbestimmt und Prädispositionen ändern sich in der Regel nur langfristig oder nur als Folge von veränderten Umfeldbedingungen. Schliesslich können auch Vorlagen nicht einfach ausgewechselt werden.

Streng genommen setzt der Dispositionsansatz eine Vor- und eine Nachanalyse von Entscheidungsprozessen voraus. Denn nur so können Prädispositionen sauber ermittelt werden, da sie sich als Vorverständnisse der Bürgerinnen und Bürger von Problemen und Lösungsvorschlägen verstehen, die nicht erst unter Bedingungen gezielter Öffentlichkeitsarbeit entstehen. Vielmehr stellen sie die Basis dar, auf der die Politik Meinungsbildung betreiben sollte, sei es als Bestätigung, als Weiterentwicklung oder als Umkehr bisheriger Präferenzen. Prädispositionen sind als politische Routinen vorhanden, aber auch als Interessenlagen, als Werthaltungen und als Identitäten, sofern diese für die Entscheidung von Belang sind oder werden können.

Reine Nachanalysen müssen auf die Prozessbetrachtung verzichten, verfahren aber retrospektiv grundsätzlich nach dem gleichen Analyseschema. Im Nachhinein nicht leisten können wir eine Unterscheidung zwischen Prädispositionen und Kampagnen-Argumentarium, da wir ohne Vorbetrachtung nicht wissen, was erst in der Kampagne als Argument auftaucht und was schon vor Kenntnisnahme der Vorlage in der Bevölkerung angelegt war.

## 2.2.2 Fragebogen

Für die Abstimmungsnachanalyse zur Erhöhung des Steuerfusses auf Staatssteuern wurde ein Fragebogen gebildet mit folgenden vier Gruppen von Fragen: Abstimmungsverhalten, Meinungsbildung zur Vorlage, Beurteilungen der Steuern generell und Bevölkerungsmerkmale.

Tabelle 3

### Übersicht über die Module und Indikatoren der Befragung

#### **Abstimmungsverhalten**

Teilnahme an Abstimmung  
Stimmabgabe  
Motivation für die Stimmabgabe

#### **Meinungsbildung zur Vorlage**

Wahrnehmung der Vorlage  
Informationsstand, Informationsbedarf, Behördeninformation  
Argumententest zur Vorlage selber

#### **Beurteilung Steuern generell**

Meinungsbild zu Steuerfragen generell  
Akzeptanz Steuersituation Kanton und Gemeinden  
Kosten-/Nutzensicht auf Steuern

#### **Bevölkerungsmerkmale**

Geschlecht  
Alter  
Berufstätigkeit  
Haushaltseinkommen  
Parteibindung  
Politikvertrauen

© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss, Juni 2017

Der Aufbau des Fragebogens folgte den Erfahrungen, die wir bei anderen Abstimmungsnachanalysen gesammelt haben. Der Auftraggeber hatte während der Fragebogenkonstruktion weitgehende Mitsprachemöglichkeiten. Das methodische Letztentscheidungsrecht lag bei gfs.bern.

## 2.2.3 Befragung und Stichprobe

Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt aus 1'007 Stimmberechtigten des Kantons Luzern. Die Befragung fand zwischen dem 8. und 22. Juni 2017 statt. Der durchschnittliche Befragungstag (Mean-Day) war der 16. Juni. Das heisst, dass die 1'007 interviewten Personen rund drei Wochen nach dem Urnengang befragt wurden. Die Befragung wurde mittels computergestützten Telefoninterviews (CATI) realisiert. Die Interviews wurden von etwa 60 ausgebildeten Befragterinnen und Befragern durchgeführt. Sie wurden vorgängig über Ziel und Ablauf der Umfrage instruiert. Die Befragungsarbeit wurde an Werktagen zwischen 8 Uhr morgens und 21 Uhr abends realisiert.

Über die technischen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht:

Tabelle 4

### Technischer Kurzbericht der Befragung

<b>Auftraggeber</b>	Kanton Luzern
<b>Grundgesamtheit</b>	Stimmberechtigte des Kantons Luzern
<b>Befragungsgebiet</b>	Kanton Luzern
<b>Herkunft der Adressen</b>	RDD Festnetz
<b>Datenerhebung</b>	telefonisch, computergestützt (CATI)
<b>Art der Stichprobenziehung</b>	Random-Quota; Geburtstagsmethode im Haushalt
<b>Befragungszeitraum</b>	8. Juni und 22. Juni 2017
mittlerer Befragungstag	16. Juni 2017
<b>Stichprobengrösse</b>	minimal 1'000, effektiv 1'007
bestimmt Teilnehmende	701
<b>Fehlerbereich</b>	±3.2 Prozentpunkte bei 1'007 Stimmbürger(innen) bzw. ±3.8 Prozentpunkte bei 701 Urnengänger(inne)n bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
<b>Quotenmerkmale</b>	Geschlecht/Alter interlocked, Teilnahme
<b>Gewichtung nach</b>	Alter/Geschlecht interlocked, Bezirksgrösse, Teilnahme pro Bezirk, Resultat pro Bezirk, Designgewichtung nach Parteiaffinitäten
<b>Befragungsdauer</b>	
Mittelwert	15.8 Minuten
Standardabweichung	±4.9 Minuten

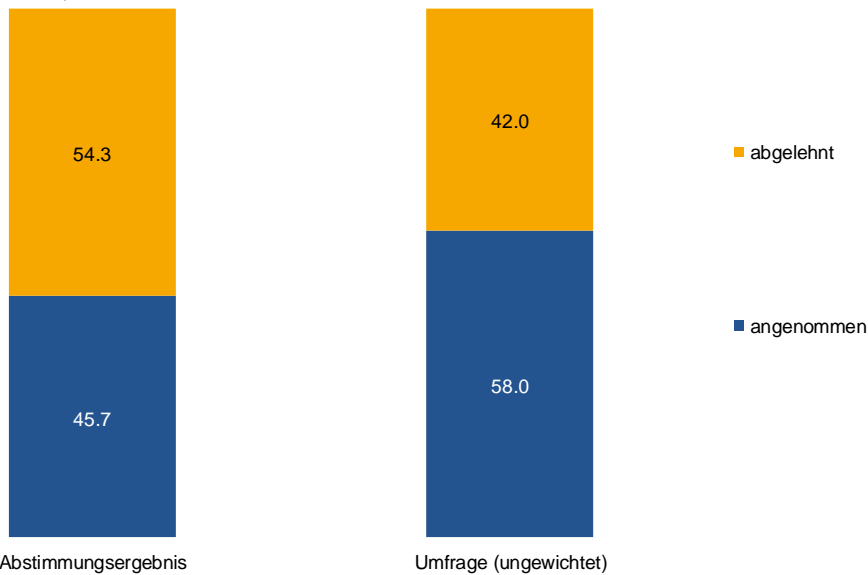
© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss, Juni 2017

Bei der Realisierung der Stichprobe wurden zwei Ziele verfolgt: Zunächst sollten 1000 verwertbare Interviews realisiert werden. Damit die abstimmenden Personen genauer analysiert werden konnten, wurde festgelegt, dass rund 700 der 1000 Interviews von Abstimmungsteilnehmenden stammen sollten. Bei zirka 300 sollte es sich um Bürgerinnen und Bürger handeln, die der Urne fernblieben. Diese Überrepräsentierung der Teilnehmenden wurde für die Analyse der Abstimmung mittels Gewichtung rückgängig gemacht. Der Anteil Ja- und Nein-Stimmen weicht in der ungewichteten Stichprobe vom Endresultat ab, wurde aber ebenfalls mittels Gewichtung korrigiert. Der Datensatz wurde somit ex post nach den realen Verhältnissen rund um Teilnahme und Stimmabgabe zurückgewichtet. Besondere Vorkommnisse während der Befragungszeit sind keine zu verzeichnen.

## Vergleich Abstimmungsergebnis mit Umfrage (ungewichtet)

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmentscheid zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben (nur gültige Stimmen)

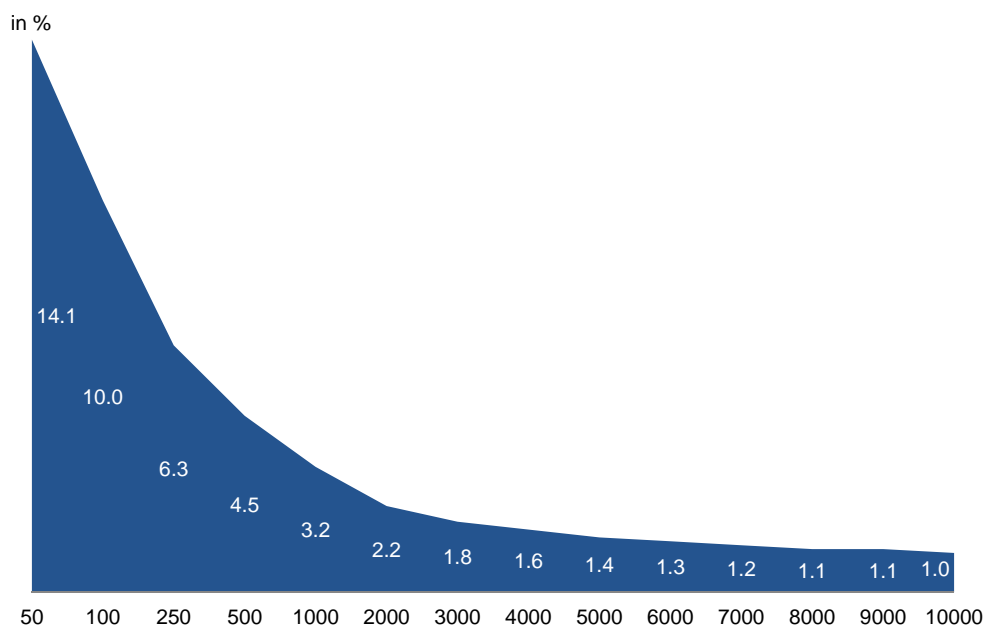


© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 688)  
 Quelle/Abstimmungsergebnis: www.lu.ch

### 2.2.4 Datenanalyse

Die neu generierten Daten wurden wie folgt analysiert: Zuerst leisteten wir die beschreibende Analyse. Dabei wurden vor allem Häufigkeiten in Form von Prozentwerten beschrieben. Jede dieser Aussagen ist mit einem statistischen Unsicherheitsbereich behaftet. Dieser richtet sich vor allem nach der Stichprobengrösse, bedingt auch nach der Höhe der Prozentzahl, welche interessiert.

## Maximaler statistischer Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse



© gfs.bern, Nomogramm/Fehlerquotenberechner (www.gfsbern.ch)

Die statistischen Fehlerquoten für die vorliegende Untersuchung sind in der nachstehenden Tabelle zusammengestellt. Der statistische Fehler bei der gesamten Stichprobengrösse (N = 1'007) beträgt rund  $\pm 3.2$  Prozentpunkte, bei den Teilnehmenden an der Abstimmung (n = 707)  $\pm 3.8$  Prozentpunkte.

Tabelle 5

## Stichprobenfehler

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	$\pm 3.2$ Prozentpunkte	$\pm 2.5$ Prozentpunkte
N = 700	$\pm 3.8$ Prozentpunkte	$\pm 3.0$ Prozentpunkte
N = 100	$\pm 10.0$ Prozentpunkte	$\pm 8.1$ Prozentpunkte
N = 50	$\pm 14.0$ Prozentpunkte	$\pm 11.5$ Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent  $\pm 3.2$  Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent  $\pm 2.5$  Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

© gfs.bern

Zusammenhänge zwischen zwei Variablen, also beispielsweise zwischen dem Stimmverhalten und dem Geschlecht, wurden mittels bivariaten statistischen Masszahlen überprüft. Das normalerweise verwendete Mass ist der Koeffizient Cramérs V. Der Vorteil dieser Masszahl ist, dass sie unabhängig vom Skalenniveau der Indikatoren verwendet werden kann. Damit wird die Stärke des Zusammenhangs bestimmt. Dieser ist umso stärker, je mehr das Cramérs V von Null divergiert. Davon unterscheiden wir die Frage, ob der in der Befragung gefundene und vermessene Zusammenhang auch auf die Grundgesamtheit verallgemeinert werden darf. Dafür verwendeten wir den üblichen Signifikanztest  $\chi^2$ . Damit misst man, inwieweit die Untergruppen ein signifikant unterschiedliches Verhalten an den Tag gelegt haben. In der Regel verwendeten wir ein Sicherheitsmass von 95 Prozent.

Gilt es, die Zusammenhänge zwischen mehr als zwei Variablen zu bestimmen, kommen multivariate Analysemethoden zum Einsatz. Dabei muss man zwischen den hier angewandten Operationen unterscheiden:

- die Gruppierung der Befragten,
- die Kausalanalyse zwischen mehreren unabhängigen und einer abhängigen Variable.

Die Erklärung von Zusammenhängen zwischen mehreren unabhängigen Variablen und einer abhängigen Variable leistet die **multivariate Regressionsanalyse**. Diese basiert analog zu Korrelationen auf Koeffizienten, welche die Stärke des Zusammenhangs bestimmen. Der Unterschied zur Korrelationsrechnung besteht allerdings darin, dass die Regressionsanalyse nicht nur eine unabhängige Variable ausmisst, sondern eine beliebige Zahl von Variablen mit einbeziehen kann. Dies kommt komplexen Realitäten deutlich näher. Die Regressionsanalyse bestimmt auf diese Weise, welche unabhängige Variable wie stark auf die abhängige Variable wirkt, wenn man die Effekte der anderen unabhängigen Variablen mitberücksichtigt. Dabei zielt man auf den Beta-Koeffizienten ab. Wie bei der Korrelationsrechnung gibt es Sicherheitsmasse, die angeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein in der Stichprobe gefundener Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit gilt. Konkret handelt es sich um den Signifikanztest, der analog zur obigen Beschreibung funktioniert.

Eingesetzt wird dieses Verfahren vor allem dort, wo es gilt, die Zusammenhänge zwischen der Beurteilung verschiedener Botschaften einerseits und einer Einstellung oder Handlungsbereitschaft andererseits zu bestimmen. Dies kann an sich auch mit der Korrelationsrechnung geleistet werden, doch hat diese Form der

Analyse den Nachteil, dass man die gleiche Beziehung mit verschiedenen Argumenten immer wieder nachweist. Dies schliesst die Regressionsrechnung aus, denn sie sagt, welches Argument am besten die untersuchte Einstellung erklärt, welches an zweiter Stelle steht und so weiter.

Daneben findet die **Answer-Tree-Analyse** Berücksichtigung. Diese Methode differenziert eine Ausgangspopulation in inhaltlich relevante Teilpopulationen, wobei sowohl die Signifikanz des beobachteten Unterschieds wie auch deren Beitrag zur Erklärung der abhängigen Variable ein ordnendes Kriterium darstellt. Die Visualisierung gleicht dabei einem Baum, wobei den primären Ästen am meisten Erklärungskraft zukommt und weitere Äste diese Erklärungskraft verfeinern.

## 2.2.5 Grafische Aufbereitung

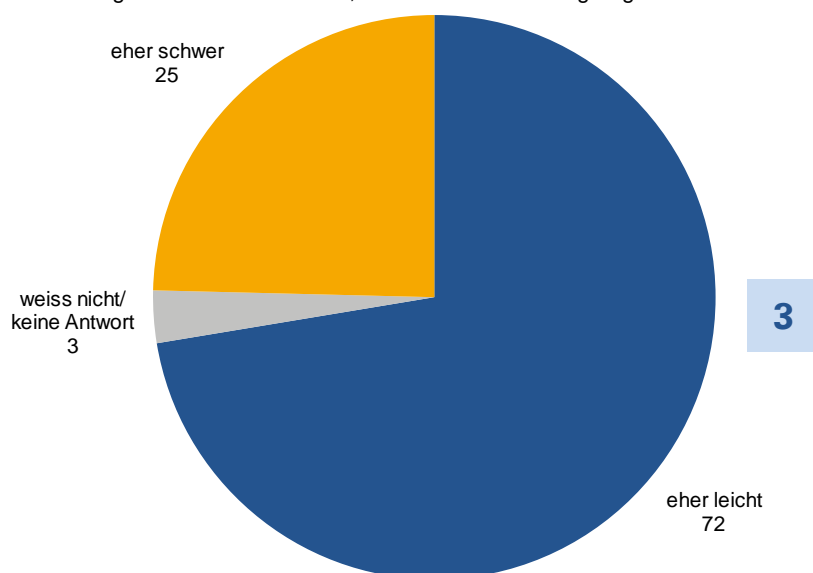
Alle im Schlussbericht enthaltenen Grafiken liegen dem gleichen Schema zugrunde, das im Folgenden kurz erläutert wird:

### Grafik 8

#### Filter Meinungsbildung Erhöhung Staatssteuerfuss 1

"Ist es bei der Abstimmung zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses eher leicht oder eher schwer gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild zum Abstimmungsthema zu machen?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701)

- 1 Im Titel lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, als auch in Anführungszeichen der genaue Fragetext ablesen. Der Fragetext selbst wird von unseren Interviewenden auf Schweizerdeutsch vorgetragen. Dem Titel ist zudem zu entnehmen, ob die Grafik gefiltert ist oder nicht gefiltert.
- 2 Die Referenzgrösse gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. In den meisten Fällen sind dies die Stimmberechtigten des Kantons Luzern respektive die Stimmberechtigten, die an der Abstimmung teilgenommen haben.
- 3 In grafischer Form werden die Ergebnisse dargestellt. Je nach angestrebter Aussage werden die Resultate mittels Kuchen-, Balken-, Säulen- oder Liniengrafiken visualisiert. Für die Darstellung von Zusammenhängen werden zudem (logistische oder lineare) Regressionsgrafiken und Answer-Tree-Grafiken verwendet. Ausführungen dazu sind bei den entsprechenden Grafiken zu finden.

**4** Der Fusszeile entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (Juni 2017) als auch die Anzahl der befragten Personen, die für die Aussage in der entsprechenden Grafik relevant ist ( $n = 701$ ).



# 3 Befunde

## 3.1 Informiertheit

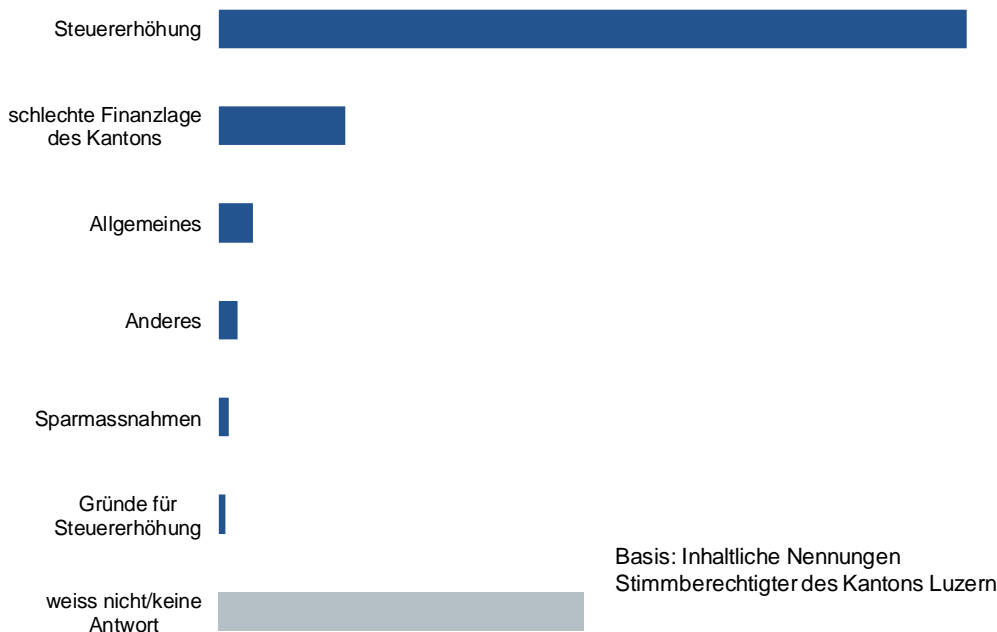
Grundsätzlich war den Luzerner Stimmberechtigten bewusst, welcher Entscheid am 21. Mai 2017 zu treffen war. 62 Prozent aller Befragten benennen bei einer entsprechenden offenen Frage direkt die Steuererhöhung. Unter Personen, welche am Urnengang auch tatsächlich mitgemacht haben, steigt dieser Anteil auf 78 Prozent, während unter den UrnengängerInnen 10 Prozent den Inhalt wenige Wochen nach der Abstimmung nicht mehr benennen können. Einen hohen Anteil an Personen, die sich nicht mehr an die Vorlage erinnern können, findet man im tieferen Bildungssegment und niedrigeren Einkommensschichten. Die schlechte Finanzlage des Kantons war mit 16% Nennungen bei den 18- bis 39-Jährigen und SVP-Sympathisanten überdurchschnittlich eine prägende Assoziation.

Insgesamt zeigt sich eine hohe inhaltliche Sensibilität, welche als klares Zeichen dafür verstanden werden kann, dass die Teilnahmewilligkeit nicht durch eine inhaltliche Überforderung beeinflusst wurde.

Grafik 9

### Inhalt Erhöhung Staatssteuerfuss

"Am 21. Mai konnten die Stimmberechtigten des Kantons Luzern über die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses abstimmen. Können Sie mir sagen, was der Inhalt dieser Vorlage war?"



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007)

Dieser erste Eindruck wird durch einen Blick auf die Entscheidungsschwierigkeit bestätigt. 72 Prozent aller UrnengängerInnen fanden ihre Meinungsbildung Richtung Stimmentscheid eher leicht. Dies ist für eine Abstimmungsvorlage ein hoher Wert und bestärkt die Ansicht, dass die Orientierung innerhalb der Vorlage relativ unproblematisch gelang.

Relevante Unterschiede zeigen sich hinsichtlich des Geschlechts, der Altersstruktur und entlang der Siedlungsart. Männern fiel es mit 81 gegenüber 63 Prozent deutlich leichter, einen Stimmentscheid zu fällen als Frauen. Auch Personen mittleren und gehobenen Alters konnten sich leichter entscheiden als Junge.

Dies dürfte mit der breiteren persönlichen Erfahrung mit Steuerfragen zusammenhängen. Nach Siedlungsart betrachtet, zeigen sich Stimmberechtigte in ländlichen Regionen entscheidungsfreudiger als Personen in kleinen und mittleren Agglomerationen.

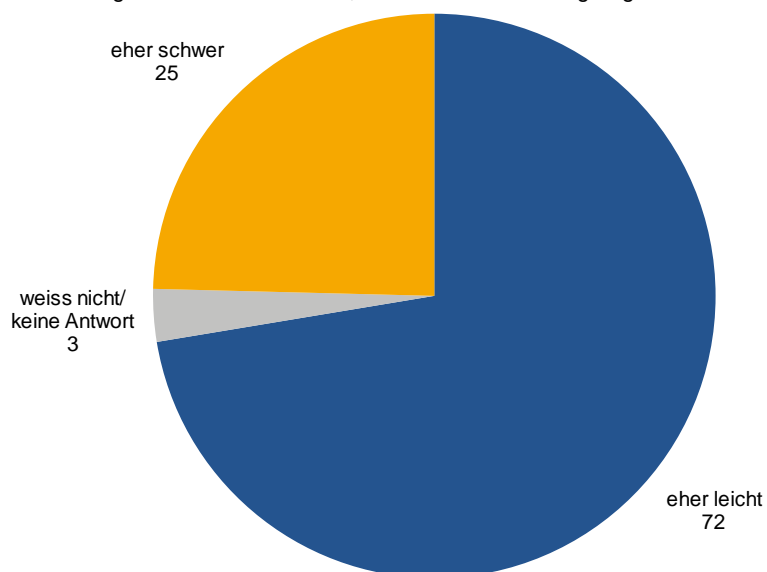
Im Schnitt fiel es drei Vierteln aller Parteianhänger eher leicht, sich zu entscheiden. Den Parteiungebundenen fiel es hingegen deutlich schwerer, sich mit den vorhandenen Informationen eine Meinung zu bilden (36% eher schwer). Mit über zwei Dritteln Ablehnung waren sie auch die Gruppe, welche die Vorlage nach den SVP-SympathisantInnen am stärksten ablehnte.

## Grafik 10

### Filter Meinungsbildung Erhöhung Staatssteuerfuss

"Ist es bei der Abstimmung zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses eher leicht oder eher schwer gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild zum Abstimmungsthema zu machen?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



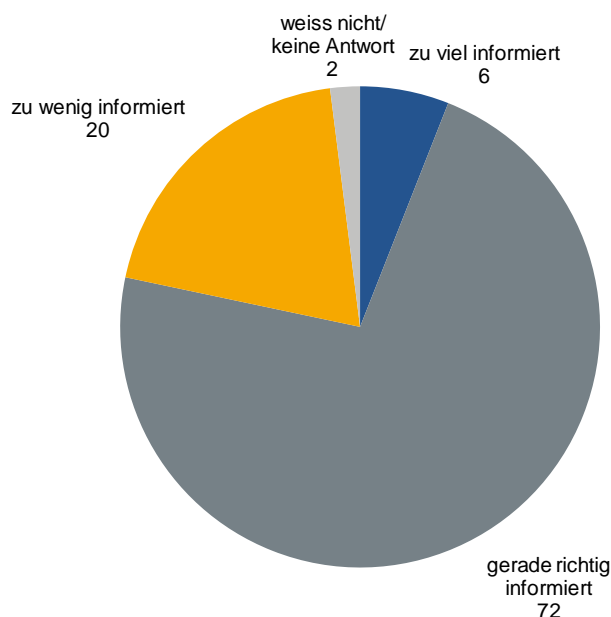
© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701)

Bezeichnend ist allerdings, dass es Gegnern der Vorlage augenscheinlich leicht schlechter gelang, sich mit den vorhandenen Informationen ein Bild zu machen. Der Unterschied ist mit einer Differenz von 9 Prozentpunkten zwar nicht riesig, es zeigt sich aber, dass das Nein auf einer leicht unsicheren Informationsbasis beruhte.

## Filter Informationsgrad Erhöhung Staatssteuerfuss

"Finden Sie, dass Sie zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses vor der Abstimmung zu viel, gerade richtig oder zu wenig informiert worden sind?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701)

Insgesamt fühlten sich 72 Prozent der Teilnehmenden ausreichend informiert, nur 20 Prozent hätten sich mehr Informationen gewünscht. Deutliche Unterschiede in der Bewertung der Informationsarbeit bestehen jedoch bei Frauen, Personen mit tieferem Bildungsstand und Einkommen und Parteiungebundenen.

Während sich Männer zu 79 Prozent gerade richtig informiert fühlten, ist das bei Frauen nur zu 65 Prozent der Fall. Zwar fühlten sich Teilnehmende mit tieferem Bildungsniveau mehrheitlich gut informiert, die Differenz zu den anderen Bildungsgruppen ist mit 20 respektive 16 Prozent auf das mittlere und hohe Bildungsniveau aber erheblich. Personen mit Einkommen bis 3000 CHF fühlten sich zu 66 Prozent gut informiert, jene mit Einkommen zwischen 5-7000 CHF am besten (77%). Die Parteiungebundenen fühlten sich zu 62 Prozent umfassend informiert, für Anhänger aller anderen Parteien liegen die Werte zwischen 67 (GLP) und 79 Prozent (GPS). Unterschiede zwischen politikkritischen und der Politik vertrauenden Teilnehmenden sind zwar vorhanden, aber mit 7 Prozentpunkten Differenz nicht stark ausgeprägt.

Ein Plus an Informationsarbeit hätte man sich insbesondere von der öffentlichen Hand gewünscht. Zwar fühlten sich 52 Prozent aller UrnengängerInnen auch seitens der Behörden im Richtigen Masse informiert, der Anteil von 38 Prozent, welcher mehr Informationsarbeit seitens der Behörden gewünscht hätte, ist aber für eine Behördenvorlage überdurchschnittlich. Bezeichnenderweise ist dieser Anteil unter Personen, welche der Vorlage schlussendlich zugestimmt haben, leicht grösser als unter Ablehnenden – augenscheinlich fühlten sich auch Teile der Befürwortenden von der Behördenkommunikation zu wenig abgeholt. Im Gegenzug gingen nur klar minderheitliche 5 Prozent davon aus, dass die Behörden zu viel informierten, dieser Wert ist nota bene auch unter Ablehnenden nicht wesentlich höher.

Die Bewertung nach Parteianhängerschaft fällt am schlechtesten bei denen aus, die der Vorlage am meisten zugestimmt haben. SP- und GPS-Anhänger stimmten am meisten Ja, bewerteten die Behördeninformation mit 42 und 37 Prozent

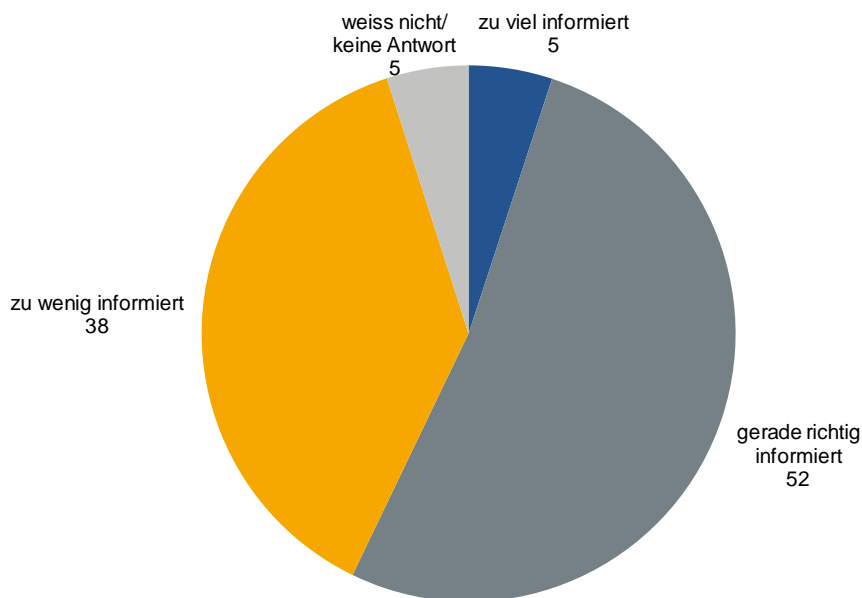
"gerade richtig" aber am tiefsten. Umgekehrt ist das Fazit zur Behördeninformation bei den Gegnern am positivsten. Die Befürworter erkennen klare Defizite bei der Aufklärungsarbeit und hätten sich ein mehr an Information gewünscht.

## Grafik 12

### Filter Informationsgrad Behörden Erhöhung Staatssteuerfuss

"Finden Sie, dass die Behörden zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses vor der Abstimmung gerade richtig, zu viel oder zu wenig informiert haben?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



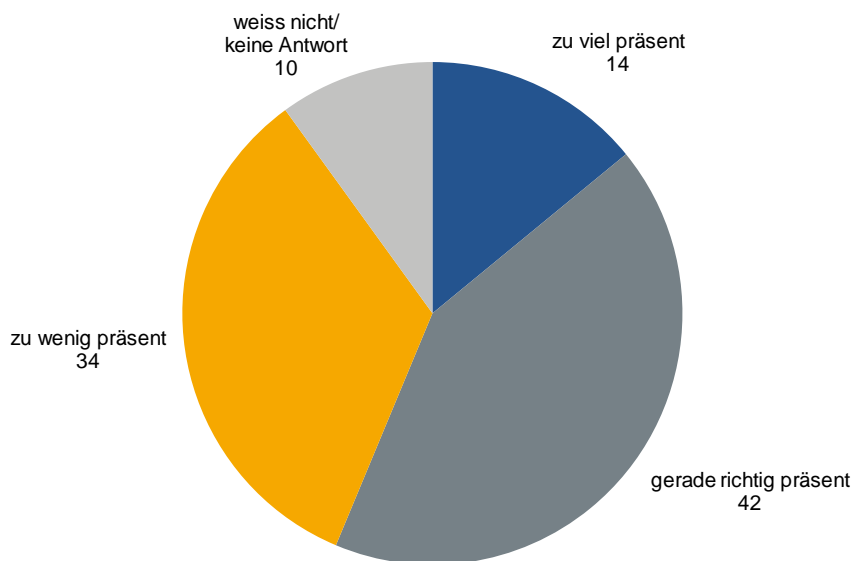
© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701)

Mit absoluter Mehrheit hätten sich jüngere Personen im Alter von 18- bis 39-Jahren mehr Informationen durch Behörden gewünscht, mit zunehmendem Alter wird die Aufklärungsarbeit als adäquat eingeschätzt. Die Landbevölkerung bewerten die Informationsarbeit ebenfalls stärker als Teilnehmende in kleinen und mittleren Agglomerationen, der Unterschied ist jedoch nicht besonders stark (55% versus 59% gerade richtig) und beide Gruppen liegen mit diesen Werten über dem kantonalen Mittel.

## Filter Präsenz Befürworter Erhöhung Staatssteuerfuss

"Finden Sie, dass die Befürworter zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses während des Abstimmungskampfes gerade richtig, zu viel oder zu wenig präsent waren?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701)

Korrespondierend zum Wunsch nach mehr Information in einzelnen Bevölkerungsgruppen wird den Befürwortern insgesamt zu wenig Präsenz im Abstimmungskampf attestiert. Nur eine relative Mehrheit von 42 Prozent fand die Präsenz gerade richtig, während ein Drittel zu wenig Präsenz wahrnahm. Anhänger der GPS, SP und CVP bewerten die Aktivität der Befürworter eindeutig am geringsten. Wiederum sind es die Befürworter, die der Kampagne des Pro-Lagers ein schlechtes Zeugnis ausstellen (49% "zu gering" versus 21% bei den Gegnern).

Überdurchschnittlich gut wurde die Präsenz von Personen mit tiefem Einkommen bewertet (50% "gerade richtig"), bei allen anderen Einkommensgruppen ist die positive Bewertung nur relativ minderheitlich, aber immerhin über dem kantonalen Schnitt. Am höchsten ist die Einschätzung neben dem tiefsten Niveau bei Einkommen von 5-7000 CHF und über 9000 CHF aus (jeweils 44% "gerade richtig"). Bei Teilnehmenden mit hoher Bildung liegt die Bewertung mit 39 Prozent "gerade richtig" unter dem kantonalen Durchschnitt, bei den anderen Bildungsstufen ist sie dagegen überdurchschnittlich gut, aber nicht mehrheitlich ausgeprägt.

### 3.1.1 Zwischenbilanz

Die Vorlage zur Erhöhung des Steuerfusses führte sichtlich nicht zu einer Überforderung der Stimmberechtigten: 72 Prozent der Teilnehmenden fiel es eher leicht, sich mit den vorhandenen Informationen eine Meinung zu bilden. Gegnern der Vorlage, Frauen, jüngeren Stimmenden und Personen aus kleinen und mittleren Agglomerationen gelang dies leicht schlechter.

Die eigentliche Informationsarbeit wird jedoch nicht uneingeschränkt als ausreichend bewertet. Ein Fünftel der Teilnehmenden hätte sich allgemein mehr Informationen gewünscht. In Bezug auf die Behördeninformation wächst dieser Anteil auf 38 Prozent. Die Kritik an der behördlichen Aufklärung ist dabei unter Befürwortern der Vorlage, vor allem SP- und GPS-Affinen, am grössten. Unterdurchschnittlich als "gerade richtig" informiert durch die Behörden fühlten sich auch

Parteiungebundene. Die Befürworter insgesamt bewerten auch die Präsenz der Pro-Kampagne im Abstimmungskampf überdurchschnittlich als zu gering, so dass von dieser Seite her der Eindruck entsteht, dass man mehr hätte tun können.

## 3.2 Differenzierung nach Merkmalsgruppen

Volksabstimmungen verlangen von Stimmberechtigten zwei Entscheide: In einem ersten Schritt entscheiden sie sich, ob sie überhaupt an der Abstimmung teilnehmen wollen oder nicht. In einem zweiten Schritt wird über Annahme oder Ablehnung einer Vorlage entschieden. Das kollektive Abstimmungsergebnis entsteht schliesslich daraus, wie stark es den Behörden und Parteien gelingt, ihre Sympathisierenden zur Teilnahme zu bewegen und von der eigenen Position zu überzeugen.

### 3.2.1 Teilnahmeverhalten

Die Stimmbeteiligung bei der aktuellen Abstimmung lag mit 45.6 Prozent einerseits genau im Durchschnitt bei nationalen Abstimmungen, andererseits ist dieser Wert leicht über dem Durchschnitt für die Legislaturperiode 2011-2015 bei kantonalen Urnengängen in Luzern (43.9%).

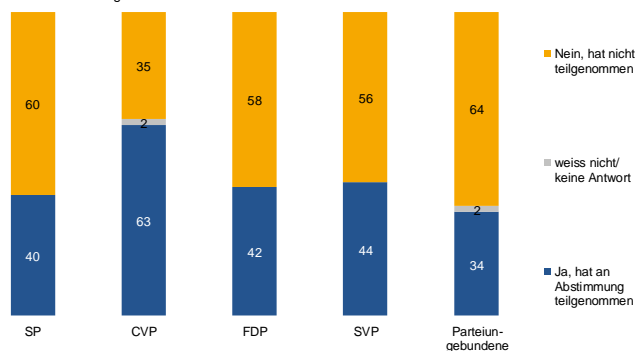
In den letzten 10 Jahren haben die LuzernerInnen über sieben kantonale steuerpolitische Vorlagen abgestimmt. Am meisten mobilisierten die Volksinitiative zur Abschaffung der Liegenschaftssteuer (56.4% Stimmbeteiligung) vom 9. Februar 2014 und die Änderung des Steuergesetzes, über die am 11. März 2007 mit 48.9% Stimmbeteiligung abgestimmt wurde. Im Schnitt lag die Beteiligung über alle steuerpolitischen Vorlagen der letzten 10 Jahre bei 44.6 Prozent. Damit hatte die Abstimmung über die Erhöhung des Steuerfusses für die Stimmberechtigten zwar Relevanz, mobilisierte jedoch nicht übertrieben stark.

Grafik 14

#### Teilnahme Abstimmung Erhöhung Staatssteuerfuss nach Parteibindung

"Bei solchen Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses teilgenommen oder nicht?"

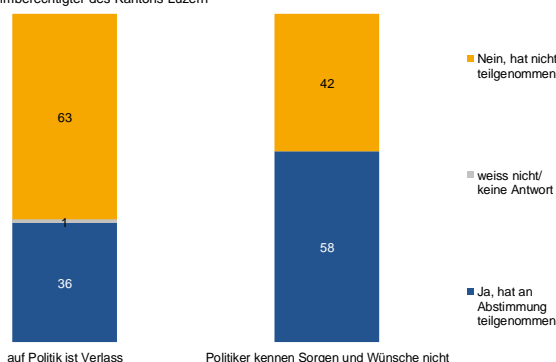
in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



#### Teilnahme Abstimmung Erhöhung Staatssteuerfuss nach Politikervertrauen

"Bei solchen Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007), sig.

© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007), sig.

Parteipolitisch zeigen sich die Anhänger der GPS und CVP bei der aktuellen Abstimmung als am stärksten mobilisierte Gruppen, gefolgt von der SVP, FDP und SP. Bei den letzten drei genannten Parteien liegt die Beteiligung jedoch unter dem kantonalen Wert mit Beteiligung zwischen 40 und 44 Prozent. Von den Parteiungebundenen hat nur ein gutes Drittel teilgenommen. Dies entspricht der Beobachtung auf nationaler Ebene, wonach ungebunden Stimmende weniger häufig an Urnengängen teilnehmen als Parteianhänger.

Deutlich unausgewogen ist die Beteiligung in Bezug auf das Politikervertrauen. So haben unter Personen mit einer eher misstrauischen Sicht auf Politik zu 58 Prozent am Urnengang teilgenommen, während Personen mit einem generellen

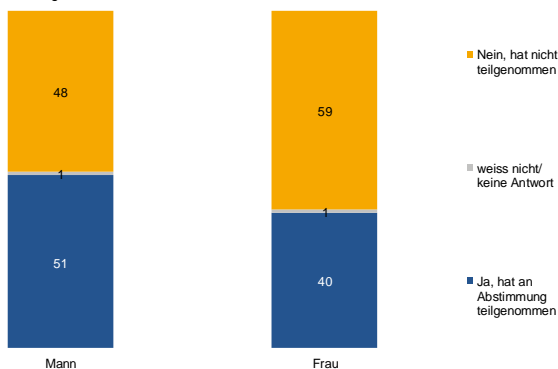
Politikvertrauen zu minderheitlichen 36 Prozent teilgenommen haben. Damit ist die Vorlage auf einer strukturellen Ebene daran gescheitert, dass mehr Personen mit Kritik an der kantonalen Politik an der Abstimmung teilgenommen haben, als Personen mit entsprechendem Vertrauen. Auch wenn uns Vergleichswerte spezifisch für den Kanton Luzern fehlen, ist eine solche einseitige Mobilisierung erfahrungsgemäss nicht der Normalfall: Normalerweise sind Politik-Kritische grundsätzlich unterdurchschnittlich mobilisiert, wenn wir Gegenteiliges beobachten, ist das nicht selten ein Zeichen für ein gewisses Protestvotum gegen die offizielle Politik

## Grafik 15

### Teilnahme Abstimmung Erhöhung Staatssteuerfuss nach Geschlecht

"Bei solchen Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern

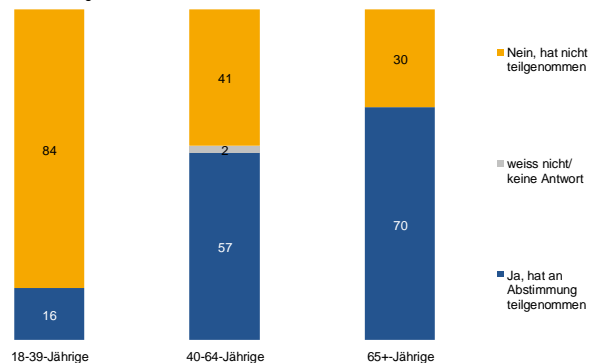


© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007), sig.

### Teilnahme Abstimmung Erhöhung Staatssteuerfuss nach Alter

"Bei solchen Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007), sig.

Klare Unterschiede bestanden in der Teilnahme zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen. Während Männer mit 51 Prozent mobilisiert wurden, war die Teilnahme der Frauen mit 40 Prozent klar unterhalb des kantonalen Mittels. Stark ist auch der Kontrast zwischen den Altersgruppen. Während die Jungen (18- bis 39 Jahre) eine tiefe Beteiligung aufweisen, steigt die Teilnahme in der mittleren Altersgruppe auf 57 Prozent und erreicht bei den über 65-Jährigen den Spitzenwert von 70 Prozent. Auch hier könnte der tiefe Wert der Jungen mit der geringeren persönlichen Erfahrung mit Steuerfragen zusammenhängen.

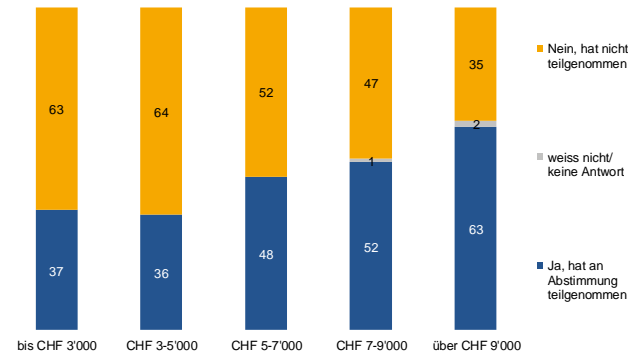
Weitere soziodemografische Faktoren bestätigen das gängige Bild, wonach die politische Partizipation mit steigendem Bildungsgrad und Einkommen zunimmt. Innerhalb der Einkommen bis 5000 CHF betrug die Teilnahme nur jeweils ein gutes Drittel, während sie sich im mittleren und hohen Segment zwischen 48 und 63 Prozent bewegt. Eine mehrheitliche Teilnahme findet sich ab einem Einkommen von 7000 CHF.

Nach Bildungsgrad betrachtet, zeigt sich eine unterdurchschnittliche Beteiligung für das tiefe und mittlere Bildungsniveau (41 resp. 34%). Mit 57 Prozent Teilnahme bei Stimmberechtigten mit hoher Bildung war diese Gruppe klar überdurchschnittlich mobilisiert.

## Grafik 16

### Teilnahme Abstimmung Erhöhung Staatssteuerfuss nach Haushaltseinkommen

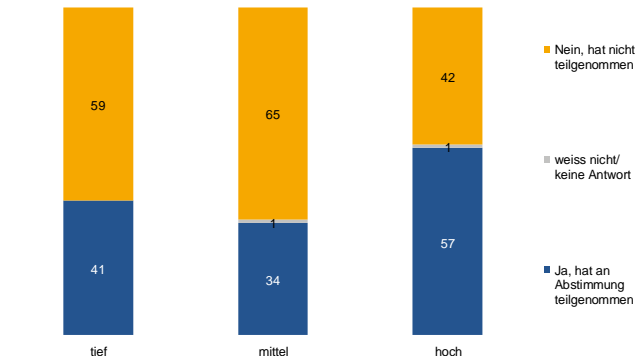
"Bei solchen Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses teilgenommen oder nicht?"  
in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007), sig.

### Teilnahme Abstimmung Erhöhung Staatssteuerfuss nach Schulbildung

"Bei solchen Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses teilgenommen oder nicht?"  
in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007), sig.

Geringer sind die Unterschiede in der Beteiligungsbereitschaft zwischen ländlichen Gebieten und Agglomerationen. Unterschiede zwischen Erwerbs- und Nichterwerbstätigen sind ebenfalls vernachlässigbar und nicht statistisch signifikant.

## 3.2.2 Stimmverhalten

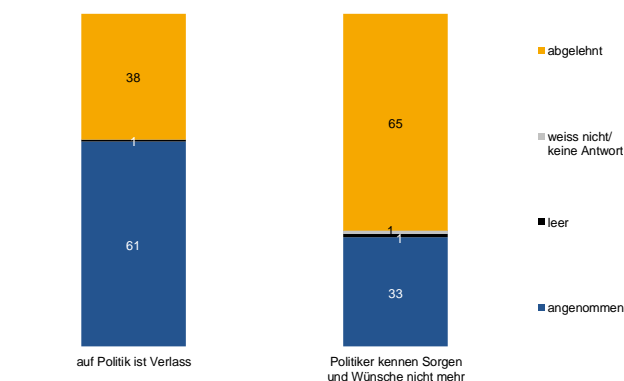
Die Stimmberechtigten lehnten die Erhöhung des Staatssteuerfusses am 21. Mai 2017 mit einem Ja-Anteil von 45.7 Prozent ab.

Die Abstimmung wurde auch zum Protest gegen die politische Elite genutzt: Nicht nur waren die politikermisstrauischen Bürgerinnen und Bürger stärker mobilisiert, sie lehnten die Steuererhöhung mit 65 Prozent auch deutlich ab. Von den Stimmberechtigten mit Politikervertrauen stimmten fast zwei Drittel der Vorlage zu.

## Grafik 17

### Filter Abstimmungsentscheid Erhöhung Staatssteuerfuss nach Politikervertrauen

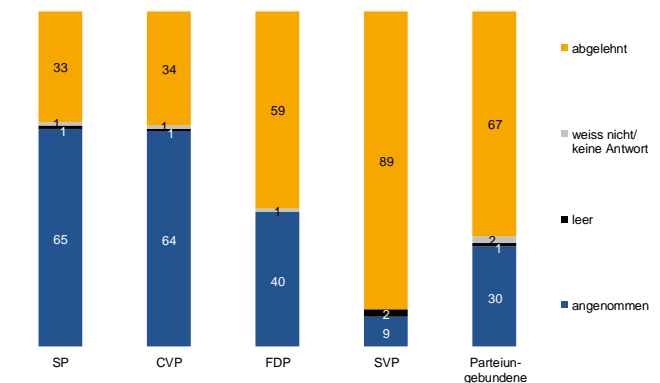
"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmentscheid zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses?"  
in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701), sig.

### Filter Abstimmungsentscheid Erhöhung Staatssteuerfuss nach Parteibindung

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmentscheid zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses?"  
in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



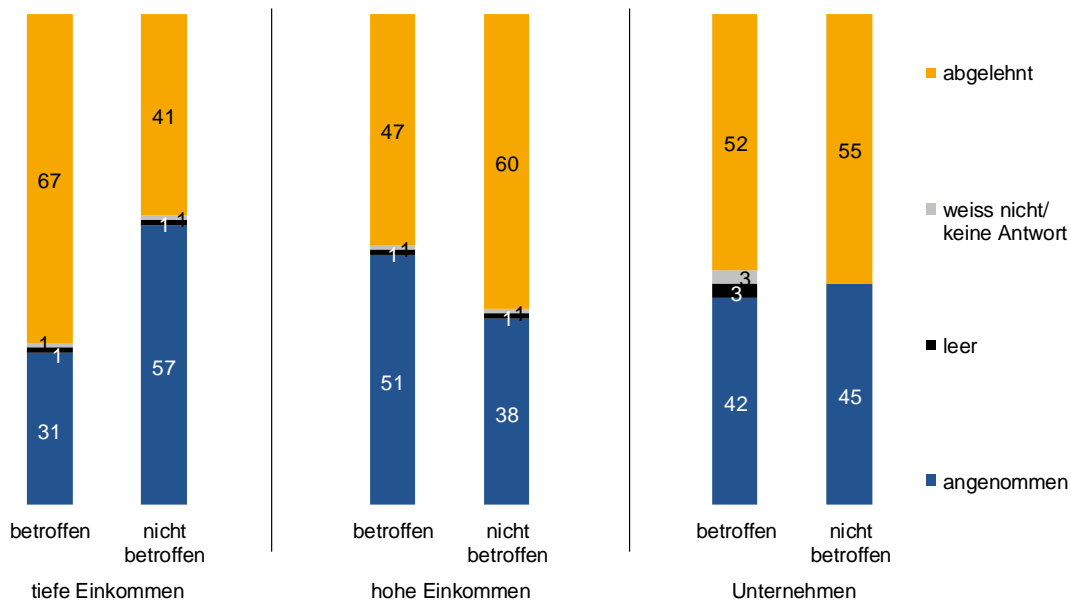
© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701), sig.

Die wichtigste Konfliktlinie finden wir entlang der Parteiaffinitäten. So sprachen sich SympathisantInnen der FDP und der SVP sowie Parteiungebundene mehrheitlich gegen die Vorlage aus, während SympathisantInnen der GPS, SP, GLP und CVP für die Vorlage eintraten. Damit zeigt sich ein klarer links-rechts Konflikt bei dieser Abstimmung. Die Parteiungebundenen konnten sich nur zu knapp einem Drittel für die Vorlage entscheiden und weisen die zweitgrösste Ablehnung auf. Aufgrund des in dieser Gruppe stark ausgeprägten Politikmisstruens (59.2%) ist es denkbar, dass diese Gruppe die eigene Stimme besonders stark als Protestvotum nutzte.



## Filter Abstimmungsentscheid Erhöhung Staatssteuerfuss nach Betroffenheit Steuererhöhung

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmenscheid zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses?"  
in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



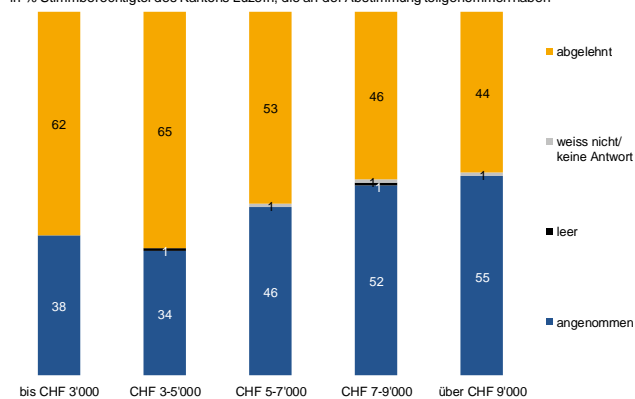
© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701), sig.

Je nachdem, wen man von der Steuererhöhung betroffen sah, variierte auch das Stimmverhalten. Personen, die eine Belastung der tiefen Einkommen sehen, haben die Vorlage mit 67 Prozent verworfen. In der Gruppe, die keine Belastung der tiefen Einkommen wahrnahm, resultierte ein klares Ja (57%). Umgekehrt sieht es bei den hohen Einkommen aus: Wer die Last eher bei den hohen Einkommen verortete, stimmte mehrheitlich Ja (51%). Unabhängig von der Beurteilung der Belastung für Unternehmen resultierte ein klares Nein mit 52 und 55 Prozent Ablehnung.

Relevante Unterschiede finden wir entlang der Berufstätigkeit: Personen ohne Berufstätigkeit standen mehrheitlich gegen die Vorlage ein. Ein Blick auf weitere sozioökonomische Faktoren zeigt, dass mit steigender Bildung und höherem Einkommen die Akzeptanz einer Steuererhöhung zunahm. Mehrheitlich wurde die Vorlage ab einem Einkommen von 7000 CHF angenommen und von Personen mit hoher Bildung.

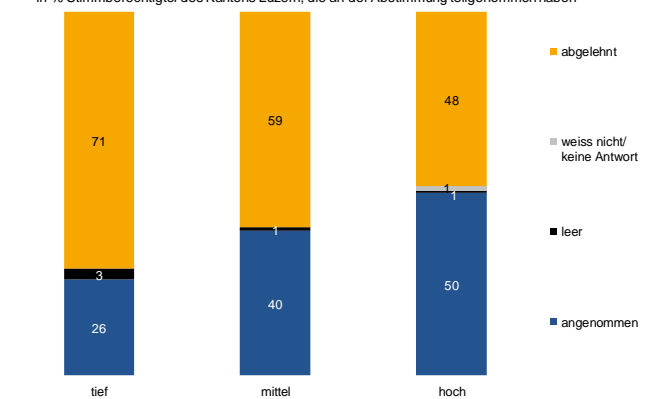
### Filter Abstimmungsentscheid Erhöhung Staatssteuerfuss nach Haushaltseinkommen

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmenscheid zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses?"  
in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



### Filter Abstimmungsentscheid Erhöhung Staatssteuerfuss nach Schulbildung

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmenscheid zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses?"  
in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701), sig.

© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701), sig.

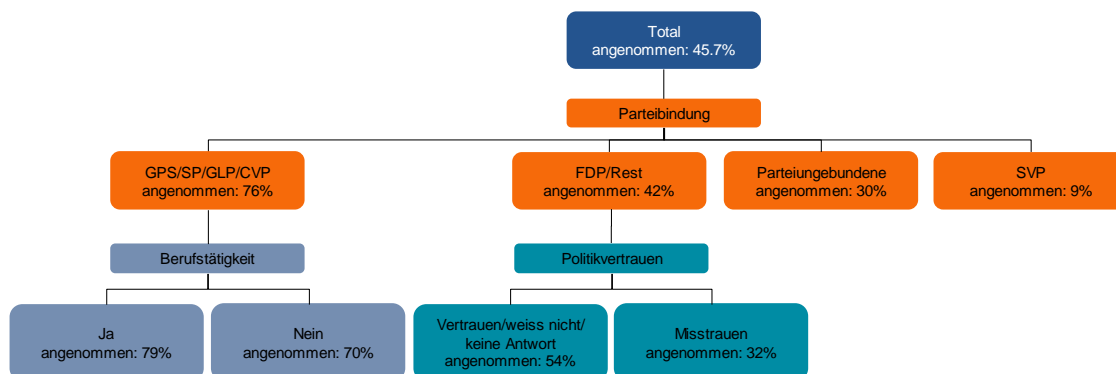
Deutlicher war die Ablehnung der Vorlage auch in ländlichen Gegenden mit 57 Prozent Nein-Anteil gegenüber 49 Prozent in den Agglomerationen. Jene Stimmmenden, die sich eher schwer eine Meinung zum Thema bilden konnten, haben die Steuererhöhung mit 62 Prozent stärker verworfen als Personen, die sich leichter entscheiden konnten (51% Nein-Anteil).

Mit Hilfe des Answer-Tree-Verfahrens stellen wir fest, dass der Abstimmungsentscheid stark durch die Parteibindung erklärt wird in Verbindung mit Politikmisstrauen:

## Grafik 20

### Filter Profilbaum Abstimmungsentscheid

in % Ja- und Nein-Stimmende des Kantons Luzern



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 688)

Innerhalb der Anhängerschaften der GPS, SP, GLP und CVP, welche die Erhöhung befürworteten, ist die Erwerbstätigkeit ein weiteres Differenzierungsmerkmal. So nahmen sowohl Erwerbstätige als auch Nicht-Erwerbstätige die Vorlage an, wobei die Zustimmung bei den Erwerbstätigen mit 79 Prozent ausgeprägter war.

Entscheidend für das Scheitern der Vorlage war, dass die FDP trotz ihrer Ja-Pa-rolle die eigenen Anhänger nicht für ein Ja mobilisieren konnte. Zusammen mit den restlichen Parteien lag die Zustimmung nur bei 42 Prozent. Innerhalb dieser Gruppe spielte das Politikvertrauen eine wichtige Rolle. Politikkritische Personen stimmten nur zu 32 Prozent für die Erhöhung, während die Vertrauenden sowie jene, die sich nicht für oder explizit gegen die kantonale Politik aussprechen, mit 54 Prozent klar annahmen.

### 3.2.3 Zwischenbilanz

Die Stimmbeteiligung war mit 45.6 Prozent durchschnittlich und entspricht der mittleren Teilnahme bei eidgenössischen Abstimmungen. Betrachtet man lediglich die luzernischen Abstimmungen über Steuerfragen in letzten 10 Jahren, ist dieser Wert zwar leicht erhöht, aber weit entfernt von Spitzenabstimmungen wie über die Abschaffung der Liegenschaftssteuer aus dem Jahr 2014. Somit hatte die Vorlage Relevanz, mobilisierte allerdings nicht besonders stark.

Relevantestes Kriterium für eine Teilnahme ist das Misstrauen gegenüber der kantonalen Politik. Personen, welche der kantonalen Politik eher misstrauen, nahmen zu 58 Prozent an der Abstimmung teil, während sich Vertrauende nur zu 36 Prozent beteiligten. Dies charakterisiert das Nein bereits hier als Protestvotum, da erfahrungsgemäss politikkritische Personen eher der Urne fernbleiben.

Weiterhin beteiligten sich Männer, ältere Stimmende (ab 40 Jahren) sowie Personen mit hohem Bildungsniveau und Einkommen ab 7000 CHF aufwärts mehrheitlich an der Abstimmung.

Die Stimmberechtigten des Kantons Luzern lehnten die Steuererhöhung am 21. Mai 2017 mit 45.7 Prozent Ja-Anteil ab. An erster Stelle war dies ein Entscheid politischer Affinitäten. Es zeigt sich ein klarer links-rechts Konflikt mit Zustimmung bei Anhängern der SP, GPS, GLP und CVP und Ablehnung seitens der FDP, SVP und Parteiungebundenen. In zweiter Linie kann man das Nein als Misstrauen gegenüber der kantonalen Politik werten: Politikmisstrauische lehnten die Steuererhöhung mit 65 Prozent überdurchschnittlich stark ab.

### **3.3 Argumentative Differenzierung**

In diesem Kapitel soll der Frage auf den Grund gegangen werden, warum man den entsprechenden Stimmentscheid getroffen hat. Eine erste Antwort darauf finden wir in den spontan genannten Gründen, für oder gegen die Erhöhung des Steuerfusses zu stimmen. Diese Frage ermöglicht uns nicht nur einen Einblick in die vordergründig herrschende Diskussion zur Vorlage, sie hilft uns insbesondere auch mit zu verstehen, ob wir bei den Argumenten wichtige inhaltliche Elemente vergessen haben oder nicht.

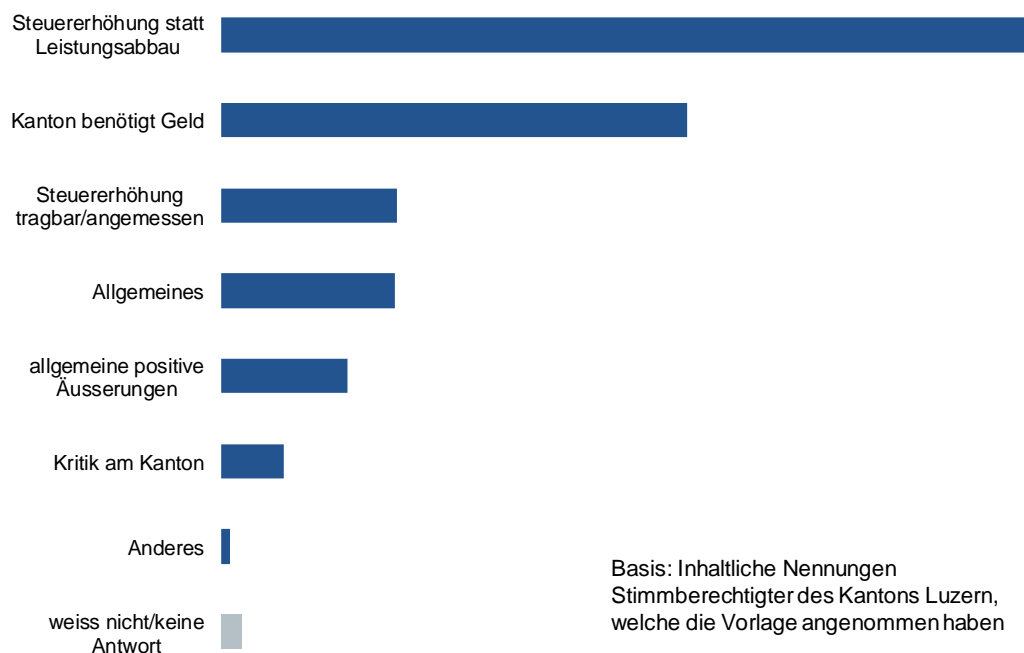
Eine zweite Antwort auf die Frage, warum man ein Ja oder ein Nein in die Urne legte, bilden die Argumente. Im Gegensatz zu den Gründen spiegeln Argumente die politische Diskussion und insbesondere die Kampagne zur Vorlage wider. Wir können aufgrund der Zustimmung respektive Ablehnung zu Argumenten festhalten, welche Argumente aus der Diskussion oder Kampagne verstanden, welche geteilt und welche misstrauisch beäugt wurden. Wir wissen aufgrund der Zustimmung zu einem Argument aber noch nicht, ob es für die Vorlage überhaupt entscheidend relevant war: Man kann einem Pro-Argument nämlich zustimmen und trotzdem entgegen dieser Zustimmung gegen die Vorlage eintreten. Beispielhaft kann man dies an der Autonutzung erläutern: Die meisten Autofahrer in der Schweiz wissen, dass der motorisierte Individualverkehr mit zu ökologischen Problemen beiträgt: Wenn man ein Argument abfragen würde wie: "Das Auto schadet der Umwelt" würde man vermutlich eine grossmehrheitliche Zustimmung erhalten. Nichtsdestotrotz fahren sehr viele Personen in der Schweiz Auto: Die Ansicht, dass ein Auto die Umwelt belastet, führt also nicht direkt zum Autoverzicht – das Argument ist in diesem Sinne nicht oder nicht stark entscheidend relevant. Aus diesem Grund geben wir auf die Frage nach der Begründung des Stimmentscheids noch eine dritte Antwort, nämlich: Welche Argumente haben nun tatsächlich ein Ja oder ein Nein befördert? So entsteht das Gesamtbild, wieso die Vorlage abgelehnt wurde. Eine logistische Regression stellt dazu faktisch die Zuspitzung dar und liefert damit die wichtigste Antwort.

#### **3.3.1 Gründe für Stimmentscheid**

Direkt nach den Hauptgründen für die Annahme gefragt, nennen die Befürwortenden vor allem die Präferenz für eine Steuererhöhung statt Leistungsabbau beim Kanton. An zweiter Stelle folgt das Problembewusstsein für die Finanzlage des Kantons und schliesslich wurde die Steuererhöhung als tragbar eingeschätzt.

## Filter Hauptgrund für Erhöhung Staatssteuerfuss

"Welches sind die Hauptgründe, dass Sie die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses angenommen haben?"



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 399)

Besonders Frauen, junge Wähler im Alter von 18- bis 39 Jahren und Bewohner kleiner und mittlerer Agglomerationen hätten lieber eine Steuererhöhung als Leistungsabbau in Kauf genommen.

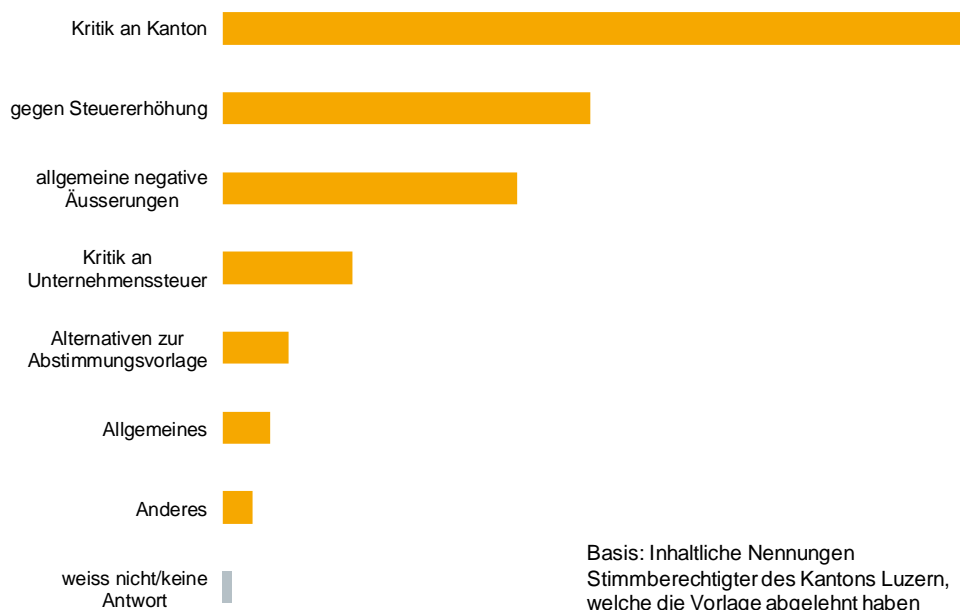
Bei den Gegnern waren Kritik am Ausgabenverhalten des Kantons und eine generelle Ablehnung von Steuererhöhungen die meistgenannten Gründe für die Ablehnung. Etwas verhaltener, aber wahrnehmbar, wurde Kritik an der Unternehmenssteuernpolitik genannt.

Die kritische Sicht auf das Verhalten des Kantons ist dabei besonders stark bei Anhängern der FDP und SVP vorhanden, welche überdurchschnittlich Nein stimmten. Aber auch Personen mittleren Alters (40- bis 64 Jahre) und Einwohner kleiner und mittlerer Agglomerationen nennen diesen Grund überdurchschnittlich häufig.

Insgesamt stützen die genannten Motive für ein Nein die Hauptthese dieser Analyse, nach der sich das Nein überwiegend aus Kritik gegenüber der kantonalen Politik und genereller Unzufriedenheit mit der Finanzpolitik des Kantons zusammensetzte.

## Filter Hauptgrund gegen Erhöhung Staatssteuerfuss

"Welches sind die Hauptgründe, dass Sie die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses abgelehnt haben?"



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 289)

### 3.3.2 Bewertung der Argumente

Mehrheitlich teilen die Stimmenden die generelle Ansicht, dass die Tiefsteuerpolitik des Kantons Luzern gescheitert ist, die Zustimmung beträgt 67 Prozent. Mit 53 Prozent Zustimmung wird dieses Argument auch von den Gegnern der Vorlage mit absoluter Mehrheit akzeptiert.

Eine Mehrheit findet die Aussage auch in allen relevanten soziodemografischen Untergruppen. Nach Parteianhängerschaft betrachtet, ist die Zustimmung mit Ausnahme der SVP bei allen Parteien absolut mehrheitlich, wobei sie abnimmt, je weiter rechts man sich bewegt. Innerhalb der Parteungebundenen ist die Zustimmung mit 71 Prozent auf einem vergleichbaren Niveau mit den CVP- und GLP-Wählenden.

Dass nach Senkungen des Steuerfusses über die letzten 10 Jahre eine leichte Erhöhung verkraftbar ist, sehen noch 58 Prozent der Teilnehmenden so. Die Zustimmung steigt dabei unter älteren Personen, während die 18- bis 39-Jährigen die Aussage zu 53 Prozent ablehnen. Frauen, Personen mit hoher Bildung und die mittleren bis hohen Einkommen bewerten die Steuererhöhung mit starken Mehrheiten als verkraftbar. Überraschenderweise gehört auch die tiefste Einkommenskategorie bis 3000 CHF zu jenen mit überdurchschnittlich hoher Zustimmung (73% sehr oder eher einverstanden). Betrachtet man auch hier das Verhalten der Parteiwählerschaften, erscheint das Argument über alle Parteien hinweg als am breitesten geteilt, noch vor dem schlechten Zeugnis für die Tiefsteuerpolitik.

Das Argumentarium der Befürworter war insgesamt weniger breit aufgestellt als das der Gegner. Weder Ansichten, dass eine Steuererhöhung zwingend nötig, oder unumgänglich sei, noch, dass der Staatshaushalt nur über eine Erhöhung saniert werden könne, wurden mehrheitlich unterstützt. Mit 48 Prozent entfaltet das Argument, dass der Finanzhaushalt nur über die Erhöhung saniert werden könne, von allen nicht mehrheitsfähigen Pro-Argumenten die grösste Kraft. Die beiden anderen Aussagen werden mit 52 und 55 Prozent Ablehnung stärker verworfen.

## Filter Pro-Argumente

"Wir haben hier einige Argumente rund um die Abstimmung zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses gesammelt, die man immer wieder hören konnte. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

**Tiefsteuerpolitik gescheitert** "Die Politik der tiefen Steuern ist in Luzern gescheitert und muss nun korrigiert werden."

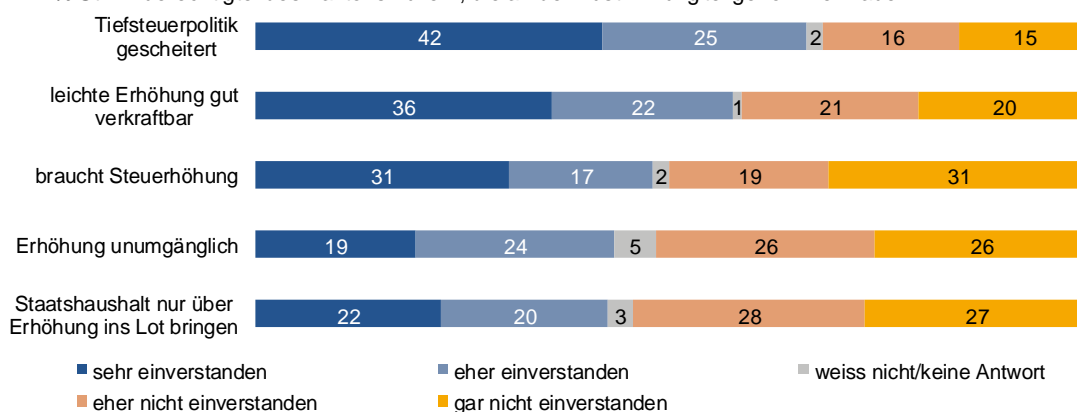
**leichte Erhöhung gut verkraftbar** "Nachdem der Steuerfuss in Luzern über 10 Jahre lang gesunken ist, ist eine leichte Erhöhung gut verkraftbar."

**braucht Steuererhöhung** "Damit der Kanton bei seinen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht noch weiter sparen soll, braucht es nun eine Steuererhöhung."

**Erhöhung unumgänglich** "Weil der Kanton Luzern vom Finanzausgleich des Bundes (NFA) weniger Geld als früher erhält, ist eine kantonale Steuererhöhung unumgänglich."

**Staatshaushalt nur über Erhöhung ins Lot bringen** "Der Staatshaushalt des Kantons kann nur mit einer Steuererhöhung wieder ins Lot gebracht werden, bei den Staatsausgaben kann nicht mehr gespart werden."

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701)

Auf der gegnerischen Seite findet die Meinung, dass die Bürger für Steuerausfälle aufkommen müssen während Unternehmen profitieren, den grössten Zuspruch (70% sehr oder eher einverstanden). Bezeichnend ist, dass das Argument auch von den Befürwortern der Vorlage mit 68 Prozent klar angenommen wurde.

Über alle Parteien hinweg findet es ebenfalls hohe Zustimmung mit Werten zwischen 57 Prozent (FDP) und 94 Prozent (GPS). Überdurchschnittlich ist auch die Zustimmung unter jenen, die der kantonalen Politik misstrauen (76%). Weiterhin wird die Aussage von Personen mittleren Alters (40- bis 64 Jahre), mit mittlerer Bildung, Einkommen zwischen 5000 und 9000 CHF und Einwohnern kleiner und mittlerer Agglomerationen am stärksten geteilt. WählerInnen des Wahlkreis Luzern-Stadt sind am meisten der Ansicht, der einfache Bürger müsse für die Tiefsteuerstrategie zahlen, während sie im Wahlkreis Entlebuch zwar mehrheitlich, aber am geringsten geteilt wird.

Die Kritik an der Finanzpolitik des Kantons ist das zweitstärkste Contra-Argument, gefolgt von der Forderung, der Kanton solle lieber bei sich sparen und dass nach häufigen Steuererhöhungen eine weitere Steigerung nicht tolerierbar ist. Die Option, Schulden aufzunehmen, anstatt die Steuern zu erhöhen war für 63 Prozent der Stimmenden keine Option.

## Filter Contra-Argumente

"Wir haben hier einige Argumente rund um die Abstimmung zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses gesammelt, die man immer wieder hören konnte. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

**einfache Bürger bezahlen Steuerausfälle** "Von der Tiefsteuerstrategie im Kanton Luzern profitieren nur die Unternehmen, während die einfachen Bürgerinnen und Bürger die Steuerausfälle bezahlen müssen."

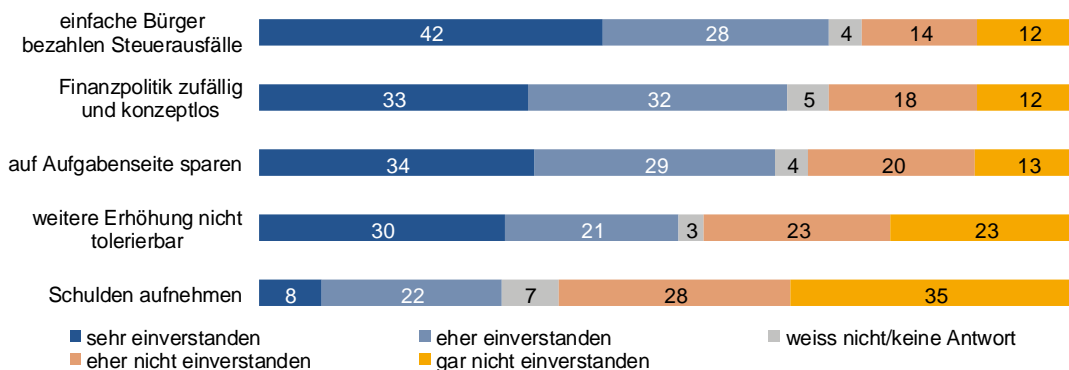
**Finanzpolitik zufällig und konzeptlos** "Die Finanzpolitik der Kantonsregierung wirkt zufällig und konzeptlos, dagegen muss man nun ein Zeichen an der Urne setzen."

**auf Aufgabenseite sparen** "Die Staatsausgaben wachsen immer noch stark an. Der Kanton soll deshalb auf der Aufgabenseite sparen anstatt die Bürger zur Kasse zu bitten."

**weitere Erhöhung nicht tolerierbar** "Nachdem der Kanton Luzern seit Jahren immer wieder Steuern und Abgaben erhöht hat, ist eine weitere Erhöhung nicht mehr tolerierbar."

**Schulden aufnehmen** "Solange die Zinsen so tief bleiben, ist es für den Kanton Luzern gescheiter, Schulden aufzunehmen, als die Steuern zu erhöhen."

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701)

### 3.3.3 Entscheidungswirkung

Die mehrheitliche Zustimmung zu Argumenten ist aber nur die eine Seite. Man kann ein Argument auch mehrheitlich befürworten, ohne deswegen seine Stimmabgabe im Sinne des Arguments anzupassen. Entsprechend liegt es auf der Hand, dass gerade die Pro-Argumente weniger Wirkung auf die Meinungs-

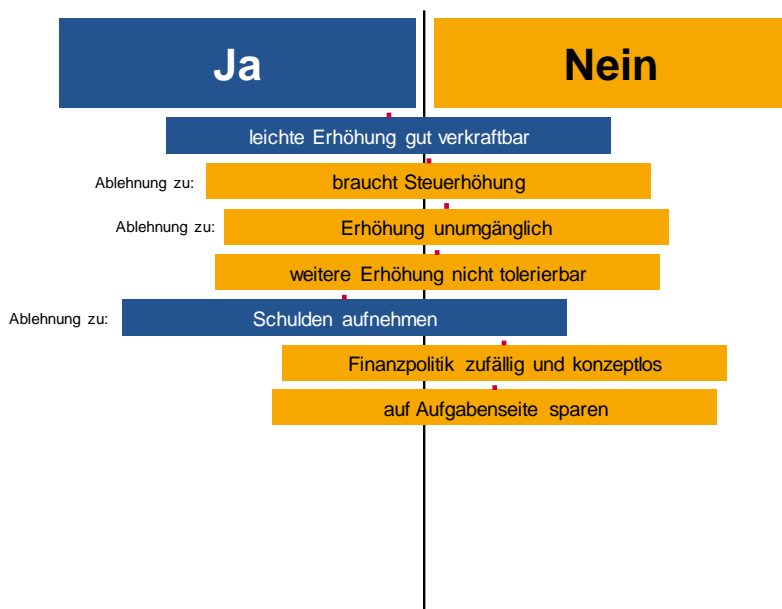
bildung zu entfachen vermochten als die Contra-Argumente. Eine Analyse, welche die Argumente auf ihre Entscheidungswirkung untersucht, ist die sogenannte Regressionsanalyse:

## Grafik 25

# Logistische Regressionsanalyse Abstimmungsentscheid nach Argumenten

"Wie haben Sie abgestimmt, welches war Ihr Stimmentscheid zur Erhöhung des kantonalen Steuerfusses?"

Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701), Nagelkerke's  $R^2 = .819$

Erläuterung: Die eingesetzte Methode der **logistischen Regression** beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen auf eine abhängige Variable. In diesem Fall wird untersucht, inwiefern die Argumente den Abstimmungsentscheid beeinflussen haben. Dabei stehen Elemente mit grösserem Einfluss auf den Abstimmungsentscheid in der Abbildung höher als Elemente mit weniger Einfluss. Elemente, die in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss. Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja-Stimmabgabe (blau) oder einer Nein-Stimmabgabe (gelb) geführt hat. Die schwarze Linie in der Mitte der Abbildung bezeichnet den Median. Befindet sich ein Element genau auf der Mitte der Linie, bedeutet dies 50 Prozent der Befragten sind einverstanden mit dem Element, während die anderen 50 Prozent nicht einverstanden sind (weiss nicht Angaben werden dafür ausgeklammert). Je weiter das Kästchen nach links oder rechts von der 50-Prozentlinie abweicht, desto grösser ist die Zustimmung bzw. Ablehnung zum betreffenden Element. Der rote Punkt dient als Lesehilfe, er markiert jeweils die Mitte des Kästchens. Elemente mit dem Wortzusatz "Ablehnung zu" werden mehrheitlich verneint. Entsprechend sind solche Elemente in die andere Richtung eingefärbt. Nagelkerkes  $R^2$  gibt Auskunft darüber, wie erklärungskräftig ein Modell ist – je näher der Wert bei 1 liegt, desto grösser ist der Anteil der Varianz in der abhängigen Variable (dem Abstimmungsentscheid), der mit den unabhängigen Variablen erklärt wird.

Das meinungswirksamste Argument für ein Ja ist die Höhe der Steuererhöhung. Wer der Meinung war, dass diese gut verkraftbar war, legte mit grösserer Wahrscheinlichkeit ein Ja in die Urne. Die von den Befürwortern ins Feld gebrachten Argumente, dass es die Erhöhung braucht, um Leistungskürzungen zu vermeiden sowie die Unumgänglichkeit der Erhöhung wirkten gegenteilig und förderten ein Nein.

Wie bereits im Abschnitt zu den Argumenten deutlich wurde, sehen die Stimmberechtigten des Kantons in der Aufnahme von Schulden keine Alternative. Wer beide Argumente ablehnte, stimmte mit grösserer Wahrscheinlichkeit auch Nein. Das genuine Contra-Argument mit der grössten Wirkung auf eine Ablehnung ist die Aussage, dass weitere Erhöhungen nicht tolerierbar waren.

Dass die Aufnahme von Schulden sowohl bei Gegnern und Befürwortern keine Alternative darstellt, zeigt sich auch in der Meinungsbildungswirkung. Im Gegenteil, wer explizit gegen eine Vermehrung der Staatsschulden war, nahm eher die Steuererhöhung als kleineres Übel in Kauf.

Relevant für die Meinungsbildung, aber mit geringerer Wirkung, ist die generelle Kritik an der kantonalen Finanz- und Ausgabenpolitik. Je mehr man diese als zufällig und konzeptlos erachtete, desto eher stimmte man auch Nein. Ebenso ver-



hält es sich mit der Sparforderung an den Kanton. Auch hier fördert die Zustimmung zu dieser Aussage eine Ablehnung der Vorlage, allerdings mit der geringsten Wirkung von allen Argumenten.

Zusammengefasst, stand im Zentrum der Ablehnung die Ansicht, dass die Steuererhöhung keineswegs zwingend ist respektive eine weitere Erhöhung nicht tolerierbar ist. Sekundiert wird dieser inhaltliche Kern der Ablehnung durch die generelle Kritik an der bisherigen Finanzpolitik sowie durch den Wunsch, auf der Ausgabenseite anzusetzen. Für das Ja hingegen sprach nur die Ansicht, dass eine leichte Erhöhung der Steuern verkräftbar ist, während die Kritik an einem Schuldenausbau hier leicht assistierte.

Es fällt ein Argument auf, das keine Meinungswirkung zu entfachen vermochte und damit in vorgängiger Grafik nicht erscheint: Die Ansicht, dass die Unternehmen von der Tiefsteuerstrategie profitieren und der einfache Bürger nun die Steuerausfälle bezahlen muss, wird zwar mehrheitlich geteilt, hat aber die Ablehnung der Vorlage nicht statistisch nachweisbar befeuert. Dies trifft insbesondere auch auf die Einschätzung seitens Linksrück zu, auch dort hat die kritische Haltung gegenüber der Unternehmenssteuer keine direkte Wirkung auf einen ablehnenden Stimmentscheid. Die Kritik an der Unternehmenssteuer lässt sich somit zwar beobachten, sie stand aber als Element gegen die Vorlage nicht im Zentrum.

Die Beurteilung der Betroffenheit für die tiefen Einkommen, hohen Einkommen und die Unternehmen entfaltet im Modell ebenfalls keine Meinungsbildungskraft. Dies liegt daran, dass diese Einschätzungen überlagert werden von der generellen Diskussion um die Notwendigkeit einer Steuererhöhung.

### **3.3.4 Betroffenheit und Einstellungen zur Steuerpolitik**

Wie bereits aufgezeigt wurde, gibt es eine strukturelle Unzufriedenheit mit der generellen Steuerpolitik. Kritik zeigt sich spezifisch auch in Bezug auf die Höhe der Unternehmenssteuer. Dieser Abschnitt beleuchtet die Einstellungen der Stimmberechtigten, um ein besseres Bild der Erwartungen an die Finanz- und Ausgabenpolitik zu erhalten.

Am ehesten sieht man Personen mit tiefen Einkommen als betroffen von der geplanten Steuererhöhung, die Zustimmung ist allerdings mit 47 Prozent nur minderheitlich. Mit absoluter Mehrheit hingegen orten 18- bis 39-Jährige und die ab 65-Jährigen die Betroffenheit bei tiefen Einkommen. Dies trifft auch auf die SVP-Wählenden und Parteiungebundenen zu. Auch bei den politikkritischen Personen ist diese Meinung mehrheitlich ausgeprägt.

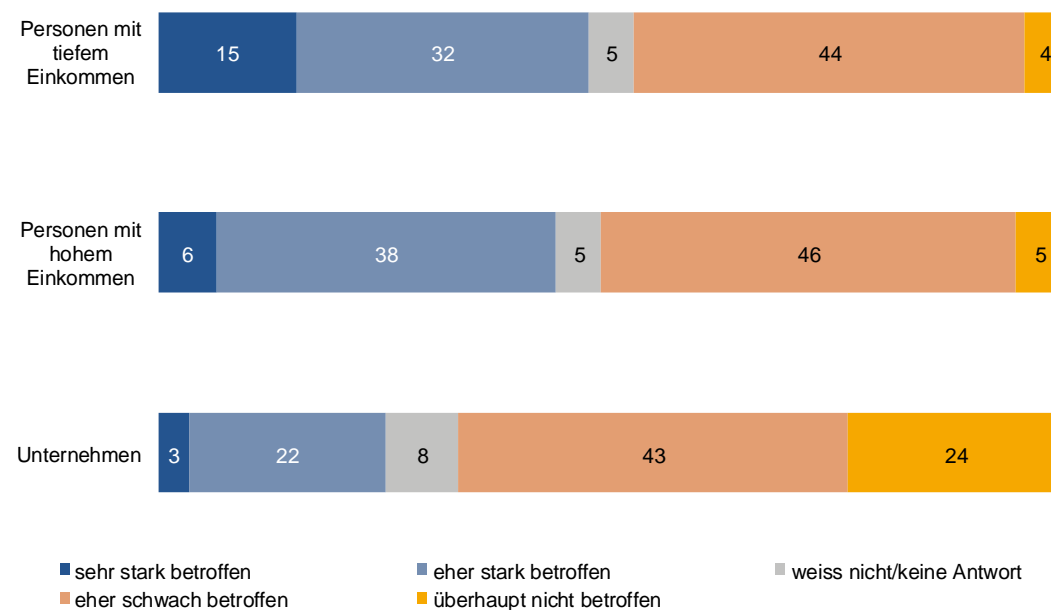
Die hohen Einkommen sehen die Stimmberechtigten nur zu 44 Prozent belastet. Mehrheitlich stimmen Männer, SympathisantInnen der GLP, CVP, FDP und Personen mit Einkommen über 9000 CHF zu, dass die Erhöhung hohe Einkommen sehr oder eher stark belastet hätte.

Nur ein Viertel sieht überhaupt die Unternehmen betroffen, 67 Prozent sehen Unternehmen eher oder gar nicht belastet. In keiner Untergruppe besteht eine Mehrheit, dass Unternehmen betroffen wären. Die höchsten Anteile an Zustimmung weisen die Parteiungebundenen (30% sehr oder eher stark betroffen) und Personen mit tiefer Bildung (38%) aus.

## Filter Betroffenheit

"Ich nenne Ihnen nun verschiedene Gruppen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob die einzelne Gruppe von der geplanten Steuererhöhung sehr stark, eher stark, eher schwach oder überhaupt nicht betroffen gewesen wäre."

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern, die an der Abstimmung teilgenommen haben



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (n = 701)

Ein Blick auf die Problemwahrnehmung der Steuern zeigt, dass diese für ein Drittel der Stimmberechtigten ein grosses oder eher grosses Problem darstellen. Für zwei Drittel hingegen sind die Steuern ein kleines oder kein Problem für den Haushalt. Die 65+-Jährigen sehen die Steuern mit 38% überdurchschnittlich als Problem, dies trifft auch auf Personen mit tiefer Bildung (41%) und Einkommen bis 3000 CHF zu (43%).

Neben dieser sozioökonomischen Spaltung wird die Problemsicht vom links-rechts-Konflikt und Politikvertrauen bestimmt. Anhänger der SVP sehen in der Steuerbelastung zu 51% ein sehr grosses oder eher grosses Problem, während die Werte für die linken Parteien zwischen 24 und 35 Prozent variieren. Auch innerhalb der FDP werden die Steuern nur zu 22% als grosses oder eher grosses Problem taxiert. Während Stimmberechtigte mit Politikervertrauen die Steuern zu einem Fünftel problematisieren, sind es bei den politikkritischen Personen ganze 47 Prozent.

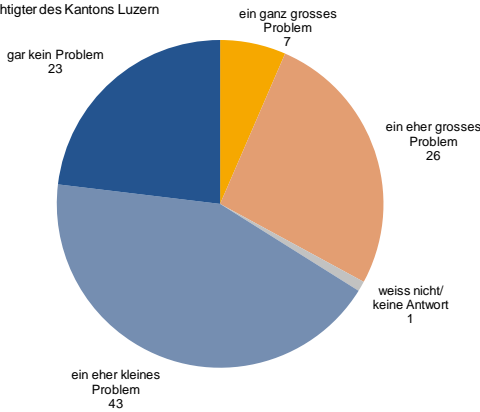
Umgekehrt ist nur eine Minderheit von 8 Prozent der Meinung, dass sie mehr Leistungen vom Staat erhalten, als Sie an Steuern bezahlen. Für 35 Prozent ist das Verhältnis in etwa ausgewogen und eine relative Mehrheit von 42 Prozent gibt an, weniger zu erhalten, als sie bezahlen. 15 Prozent der Stimmberechtigten können ihr persönliches Kosten-Nutzen Verhältnis nicht einschätzen.

**Grafik 27**

**Problemgrad Steuern für Haushalt**

"Sprechen wir nun noch über Steuern ganz generell: Sind ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ..."

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern

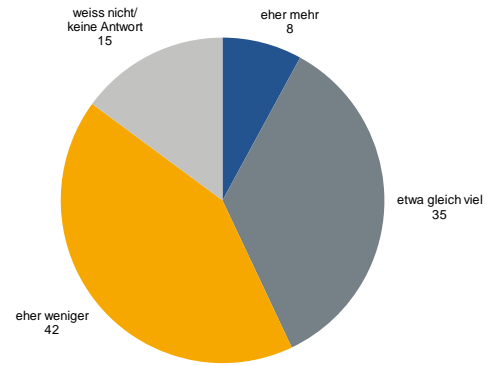


© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007)

**Vergleich Leistungen-Steuern**

"Alles in allem, bekommen Sie selber vom Kanton eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?"

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007)

Die Sichtweise auf das Steuerzahlen ist mit eindeutigen Mehrheiten geprägt von den Ansichten, dass sie notwendig sind für das Funktionieren des Staates (94% Zustimmung) und dass es schlichtweg eine Bürgerpflicht ist (93% Zustimmung). 43 Prozent möchten im Gegenzug Ruhe vom Staat, nachdem sie die Steuern bezahlt haben. Mehr als ein Drittel der Stimmberechtigten zahlt sogar gerne Steuern. Dies trifft überdurchschnittlich auf Frauen, Personen ab 40 Jahren, Anhänger linker Parteien, Personen mit Politikervertrauen und die oberen Bildungs- und Einkommensschichten zu.

**Grafik 28**

**Aussagen zu Steuern**

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden?"

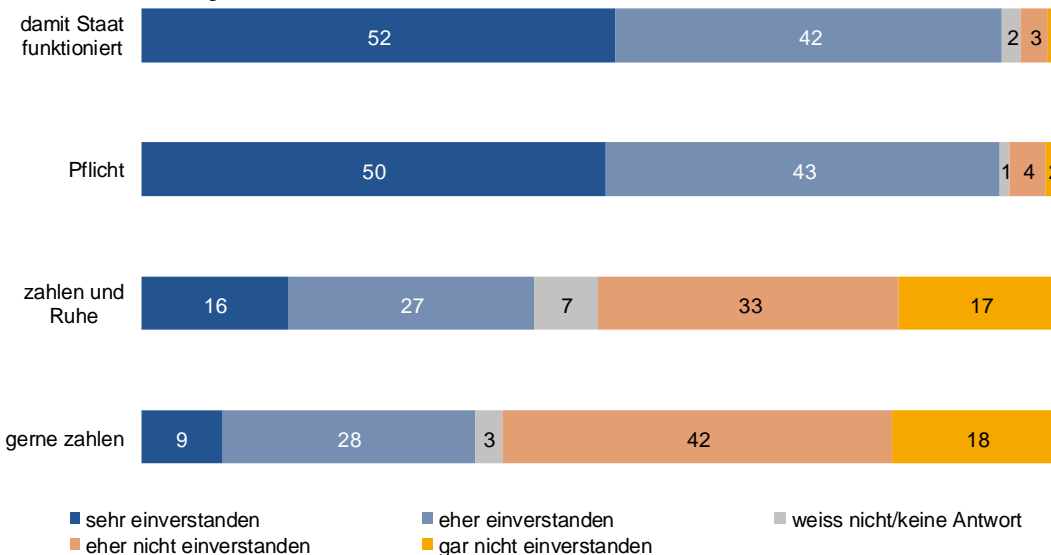
**damit Staat funktioniert** "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."

**Pflicht** "Ich bezahle Steuern, weil es meine Pflicht ist."

**zahlen und Ruhe** "Ich bezahle die Steuern, will dann aber Ruhe vom Staat haben."

**gerne zahlen** "Ich bezahle gerne Steuern."

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern

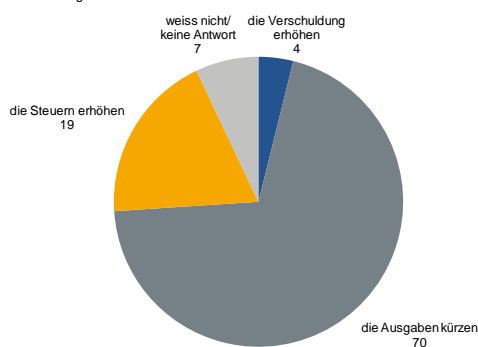


© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007)

**Verhalten bei Defizit**

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen, also der Staat mehr ausgibt als er einnimmt? Soll man als Erstes ..."

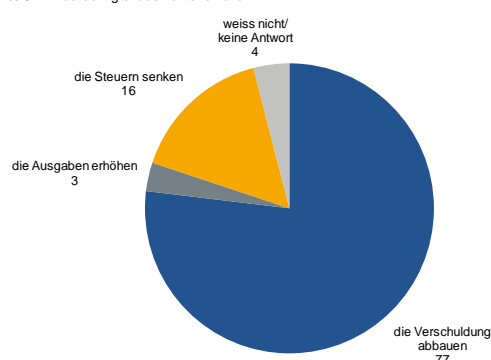
in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



**Verhalten bei Überschuss**

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen, also der Staat mehr einnimmt als er ausgibt? Soll man als Erstes ..."

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007)

© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007)

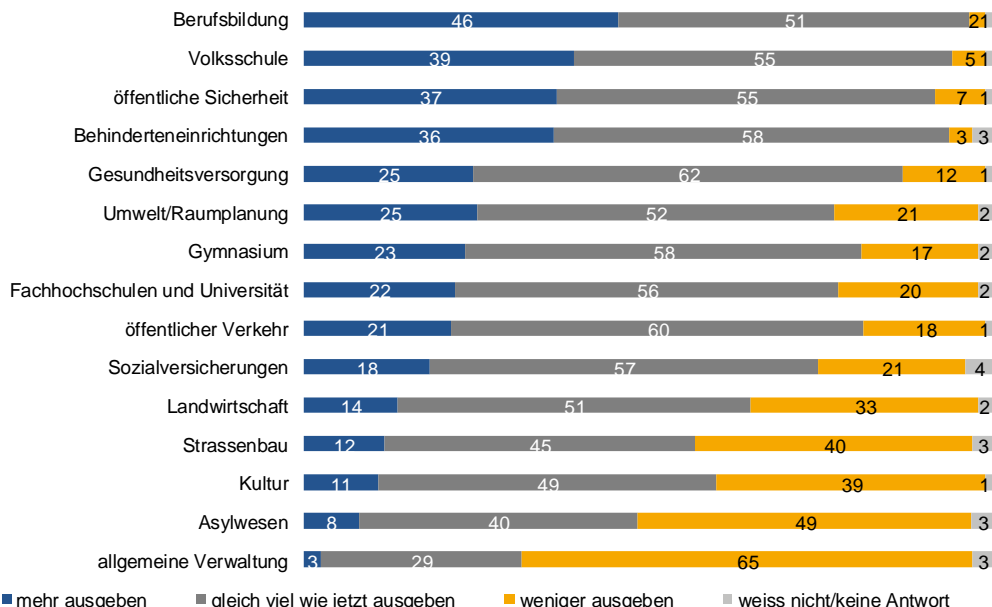
Hätten die Stimmberechtigten die Wahl zwischen der Aufnahme von Schulden, Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen bei einem Haushaltsdefizit, wäre eine absolute Mehrheit von 70 Prozent für Ausgabenkürzungen. Am lautesten ist dies Forderung unter WählerInnen der FDP und SVP (75 respektive 82%), Personen mit mittlerer Bildung (76%) und Einkommen zwischen 7 und 9000 CHF (75%). Bezeichnenderweise findet sich die gleiche Präferenz auch im linksgrünen Lager, auch wenn dort der Wunsch nach Steuererhöhung leicht höher ist. Eine Erhöhung der Verschuldung ist in allen Subgruppen chancenlos. 19 Prozent würden sich bei einem Defizit für Steuererhöhungen aussprechen. Am ehesten sind Steuererhöhungen bei Defizit von SympathisantInnen der GPS (34%), SP (34%), GLP (46%) und CVP (26%) und von Personen mit Politikervertrauen (23%) akzeptiert.

Befragt man das umgekehrte Szenario, nämlich die Präferenz bei einem Haushaltsüberschuss, ist das Votum klar für einen Abbau der Verschuldung (77% Zustimmung). Nur 3 Prozent der Stimmberechtigten würden die Ausgaben erhöhen und 16 Prozent wären für eine Steuersenkung. Damit zeigt sich klar, dass man den Kanton aktuell in erster Linie in der Pflicht sieht, die Finanzen über Ausgabenkürzungen zu sanieren, anstatt die BürgerInnen noch stärker in die Pflicht zu nehmen.

## Ausgaben Staat

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie weniger ausgeben würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden, oder ob Sie mehr ausgeben würden."

in % Stimmberechtigter des Kantons Luzern



© gfs.bern, Nachanalyse Erhöhung Staatssteuerfuss Juni 2017 (N = 1007)

Die Präferenz für Ausgabenkürzungen auf Seiten des Kantons ist klar gegeben, deutlich schwieriger ist es aus Sicht der Stimmberechtigten hingegen, die geeigneten Detailausgaben für solche Einsparungen zu taxieren: So finden sich nur gerade für Sparen bei der allgemeinen Verwaltung sowie im Asylwesen ein mehrheitlicher Sparwille, während in allen anderen Detailleistungen der Wunsch nach Status quo überwiegt und im Bereich Berufsbildung sogar ein namhafter Ausbaumwunsch sichtbar wird.

Der Sparwunsch bei der allgemeinen Verwaltung ist bei Stimmberechtigten ab 40 Jahren stärker ausgeprägt als bei jüngeren Personen und ist parteipolitisch am stärksten bei der SVP (74% "weniger ausgeben"), gefolgt von GLP (70%), CVP und FDP (jeweils 66%). Mit 72 Prozent überdurchschnittlich wird eine Verkleinerung der Verwaltung auch von Politikkritischen gewünscht.

Wie in vielen gleich gelagerten Erhebungen schon beobachtet, zerfällt der breit geteilte Sparwunsch im Detail aber in interessengetriebene Einzelwünsche, welche nur Mehrheiten finden, wenn der Abbauwunsch nicht konkret ist (allgemeine Verwaltung) oder Minderheiten betroffen sind (Asylwesen).

### 3.3.5 Zwischenbilanz

Die Abbildung der Entscheidungswirkung zeigt, dass die Ablehnung am stärksten von der Haltung getrieben wurde, dass die Steuererhöhung nicht notwendig und weitere Steuererhöhungen nicht tolerierbar sind. Unterstützend wirkte auch die Kritik an der Finanzpolitik und der Wunsch nach Kürzungen bei den Staatsausgaben. Für das Ja hingegen sprach nur die Ansicht, dass eine leichte Erhöhung der Steuern verkräftbar ist, während die Kritik an einem Schuldenausbau hier leicht assistierte.

Die Kritik an der Unternehmenssteuer hat die Ablehnung der Vorlage zwar nicht statistisch nachweisbar befeuert, wird bei der Bewertung der einzelnen Argumente aber klar mehrheitlich geteilt.

Die am häufigsten genannten Gründe für die Ablehnung spiegeln die Erkenntnis der Regressionsanalyse. Das Fehlverhalten des Kantons und der damit verbundene Sparwunsch sowie eine generelle Ablehnung weiterer Steuererhöhungen waren hier die Hauptmotive für das Nein.

Der Problemdruck bei der Steuerbelastung ist gegeben und wird von einem Drittel der Stimmberechtigten wahrgenommen. Eine relative Mehrheit ist zudem der Meinung, weniger Leistungen vom Kanton zu erhalten, als sie an Steuern bezahlen. Befragt man hypothetische Szenarien, wird der Wunsch nach Ausgabenkürzungen und Schuldenabbau deutlich. Damit wird die Verantwortung für die Sanierung des kantonalen Haushalts klar beim Staat verortet und nicht bei den Bürgern über Steuererhöhungen.

Konkrete Wünsche bei den Sparmassnahmen kann eine Mehrheit der Stimmberechtigten jedoch nicht äussern. Mehrheitlich wird Sparen bei der allgemeinen Verwaltung gewünscht oder im Asylwesen.

# 4 Synthese

Die Stimmberechtigten des Kantons Luzern haben am 21. Mai 2017 eine Entscheidung gegen die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses getroffen. Sie taten dies mit einem mehrschichtigen Blick in die Vergangenheit und mit einem tendenziell diffusen Blick in die Zukunft. Ein letztes Kapitel soll die Erkenntnisse aus beiden Blickwinkeln verdichten und in einen interpretativen Zusammenhang stellen.

Ein so entstehendes Bild spiegelt den Wesenskern der Bevölkerungsmeinung zur vergangenen Abstimmung und ist damit zweifellos relevant. Zentral dabei ist aber, dass die Bevölkerungsmeinung in einem politischen Prozess keineswegs alleine bestimmend ist. Wir verstehen entsprechend die hier beschriebene Auslegeordnung als relevanten Teil einer strategischen Informationsanalyse, welche alle relevanten Stimmen zusammenträgt und nach einer Systematik in deren Abhängigkeit bewertet. Bevölkerungsmeinung, gerade in einer Konzeptionsphase, wird so zu einem Bestandteil einer SWOT-Analyse, sie wird aber weder zum alleinigen, noch versteht sie sich als bindende Befehlsausgabe.

Politische Entscheide in der Schweiz entstehen durch die moderierende Einbindung aller relevanten Kräfte. Die vorliegende Studie soll dies für die Stimmberechtigten des Kantons Luzern leisten – explizit nicht mehr, aber auch nicht weniger.

## 4.1 Rückblick

Der ablehnende Urnenentscheid vom 21. Mai 2017 beruht aus unserer Sicht auf vier zentralen Elementen:

- Erstens zeigten sich explizit keine Zeichen für eine inhaltliche Überforderung. Die Luzerner hatten eine aus ihrer Sicht genügende Vorstellung zum Inhalt der Vorlage und erachteten sich als korrekt informiert. Ein Blick auf die Informationsarbeit der Behörden und der Befürworterschaft lässt vermuten, dass ein leichtes Plus an Information durchaus auf Gegenliebe gestossen wäre.
- Zweitens vermochte die Vorlage die Luzerner Stimmberechtigten in einem durchschnittlichen, dabei inhaltlich aber einseitigen Mass zu mobilisieren. Insgesamt nahmen durchschnittlich viele StimmbürgerInnen teil, in der Feinbetrachtung teilten sich diese aber in überdurchschnittlich viele Personen mit Kritik an der kantonalen Politik auf. Dies ist für eine Behördenvorlage erfahrungsgemäss aussergewöhnlich und mag durchaus als Hinweis dafür dienen, dass die Vorlage zumindest das Potenzial zur Mobilisierung von Protestvoten auswies: Man nahm nicht zuletzt am Urnengang teil, um der offiziellen Politik einen punktuellen Denkmittel zu verpassen.
- Drittens scheiterte die Vorlage auch daran, dass auf legislativer Ebene ein Entscheid getroffen und durch entsprechende Parteiparolen gestützt wurde, die in der Bevölkerung so nicht getragen wurden. Schon auf der Ebene der Parteiloyalität zeigt sich, dass ein rechtsbürgerliches Nein, flankiert durch ein Protestvotum aus politikferneren Schichten schlussendlich dem Nein zum Durchbruch verhalf. Eine solcherart breite Entkopplung der Parolen von der eigentlichen Stimmabgabe ist insbesondere auch ein Zeichen dafür, auf welcher Ebene der Stimmentscheid getroffen wurde: Die Vorlage sprach augenscheinlich ein klares Alltagsthema an, bei dem individuelle Erfahrungen und damit auch individuelle Einschätzungen wesentlich stimmentscheidender sind als Entscheidungskürzungen via Parteiparolen nahestehender Parteien.

- Viertens scheiterte die Vorlage inhaltlich auf drei Ebenen: Erstens war unklar, ob es die Steuererhöhung wirklich braucht. Zweitens stand hinter dem Nein Kritik an der bisherigen Finanzpolitik des Kantons und drittens fand sich mit dem Nein verknüpft auch der Wunsch, anstelle einer Steuererhöhung bei der Ausgabenseite anzusetzen. Auf tieferem Niveau assistiert wurden diese Top 3 durch die Angst, dass tiefe Einkommen zu stark und hohe Einkommen zu wenig belastet werden, während am Rande auch ein Wunsch nach Neuformatierung der Unternehmenssteuern spürbar war. Gerade dieser letzte Wunsch stand aber nicht im Zentrum der Kritik – insgesamt schien damit die rechtsbürgerlich motivierte Kritik wesentlich entscheidender als linksmotivierter Kritik.

## 4.2 Ausblick

Damit lässt sich die Ablehnung der Steuervorlage mit emotionalen, strukturellen und inhaltlichen Elementen begründen. Schwieriger wird es hingegen mit Blick auf grundsätzliche Präferenzen in Bezug auf Finanz- und Steuerfragen. Klar ist: Steuern bezahlen scheint breiten Bevölkerungen ein notwendiges kleines Übel, das nicht per se bestritten wird. Individuell gibt es einen gewissen Problemdruck in Bezug auf eine hohe Steuerlast, dieser ist aber zu klein, um Höhe oder System der Luzerner Steuern grundsätzlich in Frage zu stellen. Klar ist auch: Bei Defiziten sollen Ausgaben gekürzt, bei Überschuss die Verschuldung abgebaut werden. Gerade die Ausgabenkürzung bei Defiziten, anstelle einer Steuererhöhung, ist aber aus Bevölkerungssicht sehr schwer fassbar. Mehrheitlicher Wunsch nach Leistungskürzung findet sich nur gerade in Bezug auf die allgemeine Verwaltung, während Kürzungen bei Asylwesen, Kultur und Strassenbau zwar gewichtige Minderheiten hinter sich zu scharen weiss – aber eben keine Mehrheiten. Es kann so vermutet werden, dass eine neue Vorlage, welche sich nur auf Leistungskürzungen bezieht, ein ähnliches Schicksal erleidet, wie die vergangene Vorlage mit alleiniger Fokussierung auf eine Steuererhöhung.

Insgesamt lässt sich auf dieser Basis vermuten, dass die Herausforderung hin zu einer neuen Vorlage auf zwei Ebenen stattfindet. Einerseits gilt es innerhalb der dispersen Vorstellungen gegenüber einzusparenden Leistungen und grundsätzlichem Unbehagen gegenüber einer Steuererhöhung eine politisch mehrheitsfähige Vorlage auszutarieren. Andererseits gilt es diese auch in der Bevölkerung auch zu verankern. Dies bedingt sichtbar Informationsarbeit, vermutlich auch Überzeugungsarbeit, welcher die kurze Phase einer Abstimmungskampagne wahrscheinlich zu wenig Rechnung trägt.



# 5 Anhang

## 5.1 gfs.bern-Team



URS BIERI

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Lehrbeauftragter an der Kalaidos Fachhochschule

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge



ALEXANDER FRIND

Junior-Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



AARON VENETZ

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



gfs.bern ag  
Effingerstrasse 14  
Postfach  
CH – 3001 Bern  
Telefon +41 31 311 08 06  
Telefax +41 31 311 08 19  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter [www.schweizermarktforschung.ch](http://www.schweizermarktforschung.ch)

**SCHWEIZER  
MARKTFORSCHUNG**  
**Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym**

**gfs.bern**  
Menschen. Meinungen. Märkte.